

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis
Pfeiljahr 2.90 RM, monatlich 1.20 RM,
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
jede oder deren Raum 50 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 10. Juli 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

friedliche Umwälzung.

Wer die letzten Tage mit offenen Augen miterlebt hat,
der kann nicht mehr daran zweifeln, daß das Reich auf dem
Wege zu einer friedlichen Umwälzung ist.

Was notwendig geworden ist, kann sich in Tagen, Wochen
oder Monaten vollziehen, mit einem Schläge oder Stück für
Stück. Das Ganze aber wird sich zum Schluß als eine Um-
wälzung darstellen, die zu den großen geschichtlichen
Ereignissen zählt und das Bild der Weltlage gründlich
verändert.

Wer aber erkannt hat, daß diese innere Umwandlung un-
vermeidlich geworden ist, der handelt verbrecherisch an
den Interessen des Landes, wenn er sie zu hemmen versucht,
statt sie tatkräftig zu fördern. Zeit ist heute nicht nur Geld.
Zeit war heute Blut. Opfer, die dasheim nicht gebracht werden,
sind draußen mit Menschenleben zu bezahlen.

Eine Mehrheit hat sich im deutschen Reichstag zusammen-
gefunden, die den großen Versuch unternimmt, dem
deutschen Volk die Freiheit und der Welt den Frieden
zu geben. Die Sozialdemokratische Partei hat diesem Versuch
vorgearbeitet, und sie arbeitet heute an ihm mit. Wird er
aber unternommen, so muß ganz Arbeit geleistet werden,
und der Reichstag darf sich nicht derselben Fehler schuldig
machen, die er an der Regierung mit Recht getadelt hat.

Es geht nicht an, vor notwendigen Entschlüssen zaudernd
stehen zu bleiben, halbe Erklärungen abzugeben, hinführende
Kompromisse zu schließen und im übrigen auf die Zukunft zu
vertrauen.

Nähe und ganze Arbeit ist notwendig. Nach so vielen
Fehlgeschlägen und Enttäuschungen ist es freilich schwer,
Koffnungsvoll zu bleiben. Die Parteien, auf denen die
Verantwortung für Gelingen oder Scheitern der ganzen
Aktionen ruht, sollten sich aber klar darüber sein, welche ver-
hängnisvolle Wirkung es auf das Ausland und auf das eigene
Volk haben müßte, wenn es zum Schluß abermals hieße:
Niel Lärm um nichts — oder um eine Omelette.

Die Kriegsbeher des feindlichen Auslandes würden
daraus den für sie naheliegenden Schluß ziehen, daß das
arme deutsche Volk sich eben doch nicht selbst befreien könne
und daß daher gar nichts anderes übrig bleibe, als ihm von
außen her mit Schrapnell und Gasgranaten zu Hilfe zu
kommen.

Wie will man aber den Stimmungsumschwung jener
Volksmassen verantworten, die in den letzten Tagen wieder ein
wenig hoffen gelernt haben, und die dann erst recht den
bittersten Empfindungen ausgefetzt wären? Nein, da wäre
es schon besser, lieber erst gar nicht anfassen zu haben.
Wer bei der gegenwärtigen Volksstimmung
Hoffnungen erregt, um sie nachher wieder zu enttäuschen,
handelt wie einer, der die Folgen seines Tuns nicht zu über-
sehen imstande ist.

Was wären die Folgen? Wir wollen es uns sparen, sie
in düsteren Farben auszumalen. Aber sicher ist eines: führt
die gegenwärtige Krise nicht zu entscheidenden positiven
Ergebnissen, so wird sie sich sehr bald in verschärfter
Form wiederholen. In verschärfter Form und unter
unangenehmeren Begleiterscheinungen. Dies aber dem deut-
schen Volk zu ersparen, ist die Pflicht aller, die sich ihrer
Verantwortung bewußt sind.

Was notwendig ist, das ist ein Systemwechsel in
sichem Volk zu ersparen ist die Pflicht aller, die sich ihrer
der inneren wie in der auswärtigen Politik. Richtiger gesagt:
die Erhebung der bestehenden Systemlosigkeit durch ein System.
Dieses System kann gar kein anderes sein als das demo-
kratisch-parlamentarische nach innen, verbunden mit
einer Politik stetiger und umfassender Friedensbereit-
schaft nach außen.

Die Entwicklung steuert zur Bildung einer parla-
mentarischen Regierung der nationalen
Verständigung. Sie wird uns den Frieden bringen, den
wir brauchen, um als freies Volk unter freien Völkern leben
zu können.

Ist dieses Ziel einmal als richtig erkannt, so muß darauf
zugesteuert werden mit ganzer Kraft ohne Schwanken und
ohne sentimentale Rücksichten.

Der Reichstag soll sich sagen, daß es auf dem betretenen
Wege kein Zurück mehr gibt, sondern nur ein Vorwärts. Er
soll sich sagen, daß es leichter ist, Großes zu erreichen als
Kleines. Er soll dem deutschen Volk einen Umweg ersparen,
von dem keiner weiß, wohin er führt.

Preussische Wahlreform im Herbst
Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht!

Im Reichstag verlautete gestern mit großer Bestimmtheit,
daß sich die preussische Regierung entschlossen habe, dem Land-
tag im Herbst eine Wahlrechtsvorlage zu unterbreiten,
die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime
Wahlrecht in Vorschlag bringen wird.

Mit großer Hartnäckigkeit erhält sich das Gerücht, daß
Veränderungen im preussischen Staatsministerium bevorstehen.
Insbesondere wird die Verabschiedung des Kultus-
ministers von Trott zu Solz und seine Ersetzung
durch Geheimrat Harnad angekündigt. Harnad gehört
zu den Unterzeichnern jener Professorenklärung, die die so-
fortige Einführung des gleichen Wahlrechts in
Preußen verlangt.

Nach einer Meldung, die uns in später Abendstunde zu-
geht, soll ein

Massensturz preussischer Minister

bereits vollzogene Tatsache sein. Genannt werden außer dem
schon erwähnten Herrn v. Trott zu Solz; der Minister des
Innern v. Loebell, der Landwirtschaftsminister Hrhr.
v. Schorlemer, der Handelsminister Sydow und
der Justizminister Weseler.

Eine Kriegszielerklärung des
deutschen Volkes.

Ein deutsches Koalitionsministerium.

In den jüngsten Vorgängen im Reichstag wird der
„Germania“ aus parlamentarischen Kreisen
folgendes mitgeteilt:

In der Haushaltskommission des Reichstags hat der Abg.
Erzberger eine Aktion unternommen, mit dem Ziele, den Reichstag
zu einer Kriegszielerklärung zu veranlassen. Die-
selbe ist gedacht als erneutes Bekenntnis zu dem Kriegs-
programm vom 4. August 1914, daß uns nicht Eroberungs-
sucht zu diesem Kriege treibt, sondern daß das deutsche Volk nur
zu den Waffen gegriffen hat zur Verteidigung seiner Freiheit und
Unabhängigkeit und zur Wahrung des territorialen Bestandes
seines Landes. Es soll ferner in dieser Erklärung zum Aus-
druck kommen, daß das deutsche Volk zu einem Ver-
ständigungsfrieden nach wie vor bereit ist unter Ab-
kehrung aller Pläne, die auf wirtschaftliche Absperrung und
Vereindung der Völker nach dem Kriege abzielen. Solange unsere
Feinde einen solchen Frieden zurückweisen, wird das deutsche Volk
in unüberwindlicher Einigkeit den Krieg mit ungebrochener Energie
fortsetzen.

Das ist zielgemäß die Tendenz der Erklärung, die Erzberger
erstrebt. Erzberger hat von seinem Vorgehen vorher einem Partei-
freunde und auch dem Vorstand der Fraktion Mitteilung gemacht.
Die Zentrumsfraktion selbst hat am Freitag und Sonn-
abend sich in langen ersten Beratungen mit der Frage befaßt und
hat schließlich in überwältigender Mehrheit — nur einige Abgeord-
nete haben sich nicht angeschlossen — beschloffen, die Aktion
Erzbergers zu unterstützen und für eine noch zu formulierende Er-
klärung des Reichstages zu stimmen.

Ueber die Beratungen zur Vorbereitung einer solchen
Kundgebung des Reichstages sind die Leser des „Vorwärts“
bereits unterrichtet. In ihnen ist ein Text vereinbart
worden, dem auch die Sozialdemokraten, die Fort-
schrittler und — wenigstens zum großen Teil — auch die
Nationalliberalen zustimmen können.

Die „Germania“ behauptet, daß der Reichskanzler im
Haushaltsauschuß „die Idee dieser Kundgebung akzeptiert
habe.“ Die „Tägliche Rundschau“ will umgekehrt wissen, falls
die Kundgebung zustande komme. Danach will es scheinen,
als ob sich der Reichskanzler wieder einmal nicht ganz deut-
lich erklärt hätte.

Die Mitteilungen der „Germania“ fahren fort mit einem
Rückblick auf frühere Friedensangebote, deren Wirkung durch
die falsche Vorstellung durchkreuzt worden sei, es handle sich
nur um „Nachwerke des preussischen Militarabsolutismus“.
Daher genüge es nicht, wenn der Kanzler die Er-
klärung des Reichstages übernehme:

Der Ernst dieser Kundgebung wird nur dann seine volle Würdi-
gung finden, wenn das deutsche Volk durch eine parla-
mentarische Vertretung verantwortlich mit an der Regierung
beteiligt wird. ... Es wird deshalb die Bildung einer Art

Koalitionsministerium

vorbereitet, in das führende Parlamentarier aller Parteien ein-
treten werden.

Es wird weiter ausgeführt, daß dieses Koalitions-
ministerium keine „mechanische Nachahmung“ des englischen
Vorbildes sein, sondern sich der deutschen Eigenart anpassen
solle.

Zur Osterbotschaft und zur Preußenfrage
wird ausgeführt:

Da mit einem schnellen Kiegeende nicht zu rechnen ist, so wird
es zur gebieterischen Notwendigkeit, die innerpolitischen Reformen
in Preußen schon jetzt in Angriff zu nehmen. Es soll auch dadurch
den feindlichen Verdächtigungen die Spitze abgebrochen werden —
die besonders in Rußland eine große Rolle spielen —, als sei die
Osterbotschaft ein Versprechen, das nachträglich nicht gehalten würde.
Deshalb wird in Preußen unverzüglich die Reform des Wahlrechts
eingeleitet sein. Unter den gegebenen Verhältnissen kann

nur das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht
unter Anpassung an die preussischen Verhältnisse in Betracht kommen.
Daraus erwächst die Notwendigkeit, daß auch im preussischen
Ministerium eine Homogenität für diese Reform herbeigeführt
wird. Das wird auch hier einen Wechsel der Personen zur Folge
haben; in welchem Umfange steht noch dahin.

Zu diesen Mitteilungen von zentrumsparlamentarischer
Seite können wir nur bemerken, daß sie im großen Ganzen
richtig sind. Hinzuzufügen ist, daß es sich selbstverständlich
nicht um eine isolierte Aktion des Zentrums handelt, sondern
um eine gemeinsame Aktion aller Parteien
mit Ausschluß der Konservativen. Wie diese letzteren die
Sachlage beurteilen, erkennt man am besten aus ihrem oji-
ziellen Organ, der „Kreuz-Zig.“, die, gegen den „Vorwärts“
polemisierend, schreibt:

Rennt man die Dinge bei dem richtigen Namen, so ist es das
Parlament, das nach Alleinherrschaft strebt. Denn
was bedeutet der Monarch, wenn die Mehrheitsbeschlüsse des Parla-
ments dafür maßgebend sind, wer regiert und wie regiert werden
soll? Nicht allein der König von Preußen, sondern alle deutschen
Bundesfürsten würden durch den den deutschen Reichsparlamen-
tarismus ihrer Souveränität im Reiche entleert werden. Der
Bundesrat, der jetzt der Träger dieser Souveränität ist, würde zu
einem Exekutivorgan des Reichstags werden. Die „Reuorientierung“,
der jetzt die wichtigsten Lebensinteressen des deutschen Volkes
zum Opfer fallen sollen, wäre in Wahrheit eine zwar unblutige,
aber um so folgenschwerere Revolution, die mit jahrhundert-
alten segensreichen Ueberlieferungen des deutschen Staatslebens
bricht.

Wer denkt da nicht an Goethe: „Vernunft wird Unstinn,
Böhlheit Plage!“ Wir wollen in dieser Stunde mit der
„Kreuz-Zeitung“ nicht darüber streiten, was in der Ver-
gangenheit segensreich war, was nicht. Wir schenken der
„Kreuz-Zeitung“ die ganze Weltgeschichte, wenn nur die Zu-
kunft einem freien Deutschland gehört. Und wer will leugnen,
daß sich nun endlich die Wolken zu röten beginnen, als ob
es endlich auch beginnen wollte, zu tagen.

Der Reichskanzler im Hauptauschuß.

Die gestrigen Verhandlungen im Hauptauschuß waren wieder
streng vertraulich, was einen Teil der bürgerlichen Presse
nicht hindert, über sie zu berichten. Danach hat
zunächst der Nationalliberale Stresemann eine scharfe
Rede gegen den Reichskanzler gehalten, dessen auswärtige
Politik er lebhaft kritisierte und dem er vorwarf, ein
Hindernis für den Frieden zu sein. — Der Reichs-
kanzler soll in seiner Erwiderung nach dem „Lokal-Anzeiger“
erklärt haben, es läge ihm nichts fern, als sich an sein
Amt zu klammern, jetzt aber komme es darauf an, daß das
Vaterland keinen Schaden leide und aus diesem Grunde halte
er sein Verbleiben im Amte für notwendig. (Der „Lokal-Anzeiger“ ver-
sieht diese Erklärung mit einem überaus hochhaltigen Ausrufungs-
zeichen!) Später sprach Genosse David, der sich scharf gegen die
Konservativen wendete und die Einführung des parlamentarischen
Systems forderte.

Herr Erzberger vom Zentrum beharrte dem Marinesekretär
v. Capelle gegenüber auf seiner Auffassung des U-Boot-Krieges.
Dann gab der Reichskanzler eine neue Erklärung ab.
Fehrenbach vom Zentrum sprach entschieden für das parla-
mentarische System.

Der Verfassungsausschuß

Ist infolge der kritischen Verhandlungen des Hauptauschußes noch
immer zu keiner Sitzung gekommen. Ueber die Fassung der Wahl-
rechtsresolution soll nach Mitteilung bürgerlicher Blätter zwischen
den Parteien eine Einigung erzielt worden sein. Bestätigt sich in-
des die Nachricht, daß die preussische Regierung ohnehin im Herbst
die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen beabsichtigt, so
verliert die hartumstrittene Entschlieung viel von ihrer ursprüng-
lichen Bedeutung.

Die Presse zur inneren Krise.

Die Presse fährt fort, die innerpolitische Krise zu behandeln. Einen sehr scharfen Artikel gegen den Kanzler brachte am Montagmorgen der „Berliner Lokal-Anzeiger“, der u. a. schrieb:

„Wohin sind wir denn gekommen? Die innere Lage ist politisch so verworren und zerklüftet, daß es unmöglich ist, sie ohne tiefste Betrübniß zu betrachten. In diesem Zustande sollen wir den schweren Kampf fortführen und erfolgreich bestehen, sollen wir die Kräfte aufbringen, die dazu notwendig ist. Das ist ein unmögliches Verlangen. Wir sind mitten im Kampfe, ohne jede politische Führung, und weil unser tapferes Volk bei allen Sorgen und Entbehrungen richtig empfindet, daß am Steuer des Staatsschiffes die kundige, feste und kühnere Hand fehlt, deshalb ist die Stimmung im Lande nicht vorhaben, die wir so bitter nötig brauchen.“

Das „Berl. Tagebl.“ vom Montagabend schreibt: „Die Kanzlerkrise besteht nach wie vor. In engem Zusammenhang damit steht die Frage, ob auch Staatssekretär Dr. Helfferich im Amt verbleiben wird. Die innerpolitische Krise wird noch dadurch verschärft, daß auch innerhalb der Parteien keine völlige Übereinstimmung herrscht. Die Forderungen der Linken scheinen heute nicht mehr bloß auf die Bildung eines Koalitionsministeriums, sondern (unter Ausschaltung der Konservativen) auf die Schaffung eines ausgeprochenen Mehrheitsministeriums hinauszuweisen. Die Schwierigkeiten im Zentrum sind gestern Abend beigelegt worden. Die Mehrheit der Fraktion hat sich hinter Erzberger gestellt. Dagegen ist die Sachlage in der nationalliberalen Partei noch völlig ungeklärt.“

Nach Mitteilungen der „National-Zeitung“ scheinen die Nationalliberalen wieder abzurufen zu wollen. Das Blatt schreibt:

„Die Nationalliberalen können sich jedoch unmöglich jenem Teil der Resolution anschließen, der die Kriegsziele in einer mit den Anschauungen der Partei widersprechenden Form behandelt. Deshalb kann angenommen werden, daß die Erzberger'sche Formel bezüglich der Kriegsziele nicht aufrecht erhalten bleibt, sondern minder bestimmt gefaßt wird, wodurch allerdings wiederum Schwierigkeiten bestehen, die Sozialdemokraten zu befriedigen.“

Wiel wahrscheinlicher, als daß die Resolution abgeändert wird, ist, daß die Nationalliberalen bei der Beschlußfassung über sie geizig abstimmen werden. Eine große Mehrheit dürfte ihr trotzdem gesichert sein.

Stockholm.

Stockholm, 9. Juli. Heute trafen die sozialistischen Vertreter der skandinavischen Unabhängigkeit, Noris und Primo aus Antwerpen, ein. Die Genossen Tractstra und Albarba, die durch parlamentarische Pflichten zu einer Reise nach Holland veranlaßt waren, sind wieder angekommen. Das holländisch-skandinavische Komitee verhandelt heute mit dem Russen.

Branting als Enthüller Grimms.

Branting wehrt sich in einem von der „Chemnitz Volksstimme“ veröffentlichten Brief an einen deutschen Genossen gegen den Vorwurf, die Affäre Grimm-Vossmann als erster enthüllt und dadurch eine Friedensaktion zum Scheitern gebracht zu haben. Darin heißt es:

„Aufgegebenenfalls werde ich mich, Ihnen kurz mitzuteilen, daß die deutsche (und österreichische) Regierungspresse aller Schattierungen, welche mich neulich wegen der Veröffentlichung im Stockholmer „Sozialdemokraten“ während angegriffen hat, dabei ganz verschwiegen hat, daß die Depesche von Hoffmann an Herrn Dier in Petrograd, die dem Herrn Grimm mitgeteilt werden sollte, schon eine Woche vor der Veröffentlichung im „Sozialdemokraten“ in Petrograd bekannt war und der Unterjochung der Verhältnisse Grimms seitens der sozialistischen Minister Ferietick und Stobeleff zugrunde gelegen hat. Stockholm hat folglich in dieser Geschichte nur die Rolle eines Vermittlers für die Öffentlichkeit des übrigen Europa außerhalb Russlands gespielt. Die Skandale waren schon da — denn es ist und bleibt ein Skandal, daß ein Minister in einem neutralen Lande sich dazu hergibt, für einen Separatfrieden aktiv zu wirken, d. h. die Forderung der einen der beiden kämpfenden Mächtegruppen anzubahnen zu versuchen. War er dabei auch von den sich aller Achtung wertenden Bestrebungen für den Frieden ganz erfüllt, als neutral wird seine Haltung niemals gelten können, und daß er selbst das auch anerkannt hat, das zeigt sowohl die Tatsache, daß er sich genau geäuert hat, seine Kollegen in der schwedischen Regierung über sein Vornehmen zu unterrichten, wie auch sein Zurücktreten, nachdem die Sache in die Öffentlichkeit gekommen.“

Branting erklärt Grimms Rechtfertigungsversuche als ungenügend und schließt mit der Bemerkung, daß eine andere Angelegenheit — die Verhaftung eines deutschen Kuriers in Norwegen — das öffentliche Interesse in Skandinavien vollkommen beherrscht.

Stockholm, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Bericht, den die Kommission zur Untersuchung der Grimm-Affäre an die dritte Zimmerwald-Konferenz erstattet, stellt fest, daß Grimm in keiner Weise deutscher Agentenschaft verdächtig ist, daß er im Interesse eines allgemeinen, nicht eines Sonderfriedens vorging und so die Sicherung der russischen Revolution im Auge hatte. Getadelt wird seine Eigenmächtigkeit, begangen durch Nichteinweihung der übrigen Zimmerwalder, und sein geheimplomatisches Vorgehen.

Die Abrechnung über die französische April-Offensive.

Poincaré auf der Anklagebank.

Paris, 8. Juli. Kammer. (Ergänzende Meldung.) Nach Verlesen der Tagesordnung durch Deochanel forderten die Minister Wilson, Blanc und Ruffin-Dugens sowie der Vertreter der Widerheit Mistral den Kammerpräsidenten auf, ihre ihm zugewiesene Tagesordnung gleichfalls zu verlesen. Deochanel lehnte das ab. Die Tagesordnung erscheine ihm unannehmbar, sie laufe der Verfassung zuwider und enthalte eine Beleidigung der Regierung und eine mißbräuchliche Einschüchterung in das Oberkommando. Nach längerem erregten Hin und Her konnte endlich Auguste nur das Wort ergreifen.

Auguste bedauerte, daß die Regierung wiederum nur die allgemeine gebaltene Tagesordnung Renault und Genossen zu verlesen gemacht habe. Er verlangte Strafen sogar für die höchsten militärischen Stellen. Die Regierung müsse einen Gesetzentwurf einbringen, der das Militärstrafgesetzbuch in diesem Sinne abändere. Wenn es notwendig sei, sollten selbst Minister in Anklagezustand veretzt werden. Die Regierung müsse an die Soldaten denken, die das Vertrauen haben müßten, daß man mit ihrem Blute nicht Mißbrauch treibe, unnütze Opfer er spare und tollkühne Unternehmungen unterlasse. Abel Berg sprach sodann von der Beteiligung der ver-

Im Juni über eine Million Tonnen versenkt.

Deutscher Gewinn am Chemin-de-Dames. — Der russische Erfolg südlich des Dnjester.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 9. Juli 1917. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Regen und Dunst blieb in fast allen Frontabschnitten das Feuer bis zum Abend gering. Es lebte dann mehrfach auf. Nachts kam es an verschiedenen Stellen zu für uns erfolgreichen Erkundungsgesichten.

Bei der

Secresgruppe Deutscher Kronprinz

wurde ein Angriff zur Verbesserung unserer Stellungen am Chemin-de-Dames mit vollem Erfolge durchgeführt. Nach einem Feuerüberfall von Mörser- und Granatwerfern auf die Sturmziele brach die Infanterie, gedeckt durch das Kugelfeuer der Artillerie, zum Einbruch vor. Die aus Niedersachsen, Thüringern, Rheinländern und Westfalen bestehenden Sturmtruppen nahmen in kraftvollem Stoß die französischen Gräben südlich von Pargny bis Pilain in 3 1/2 Kilometer Breite und hielten die gewonnenen Linien gegen fünf feindliche Angriffe.

Zur Ablenkung des Gegners waren kurz vorher an der Straße Laon—Soissons Sturmabteilungen hessen-nassauischer und westfälischer Bataillone in die französischen Gräben gedrungen; sie kehrten nach Erfüllung ihres Auftrages mit einer größeren Zahl von Gefangenen beschlagmäßig in die eigenen Linien zurück.

Der überall heftigen Widerstand leistende Feind erlitt hohe blutige Verluste, die sich bei ergebnislosen Gegenangriffen auch während der Nacht noch steigerten. Es sind 30 Offiziere und über 800 Mann gefangen eingebracht worden; die Beute an Kriegsgüter ist sehr erheblich.

Auf dem Westufer der Maas haben die Franzosen aus den Kämpfen in der Nacht zum 8. 7. einige kleine Grabenstücke in der Hand behalten; heut vor Tagesgrauen nordöstlich von Conde einschneidende Vorhöfe sind zurückgewiesen worden.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Secresgruppe des Generaloberst v. Boehm-Ermolli.

Während zwischen Strypa und Plota Lipa nur lebhafteste Artillerietätigkeit herrschte und nur einige Vorhöfe Gefangene eingebracht, kam es bei Stanislaw zu neuen Kämpfen. Durch starke russische Angriffe wurden die dort stehenden Truppen zwischen Giesow und Jagowozh (12 Kilometer) gegen die Waldhöden des Czarny los zurückgedrängt. Durch Eingreifen deutscher Reserven kam der Stoß zum Stehen.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph
In den Karpaten hielt die rege Tätigkeit der russischen Batterien an; örtliche Angriffe der Russen sind an mehreren Stellen gescheitert.

chiedenen Akzenten an den militärischen Operationen und verlangte, daß die Engländer größere Frontstücke übernehmen und mehr Mannschaften nach Frankreich schicken.

Dalbiez erklärte, die Verantwortung für die Apriloffensive falle dem Kriegsrat in Compiegne zur Last. Dieser habe dem Druck der anwesenden Generale (Zurufe von links: „Und Poincaré!“ Großer Lärm) nachgegeben. Dalbiez verlas einen Brief von der Front, wonach von zwei Kompanien auf der Frontlinie von Traonne im ganzen 40 Mann zurückgelassen und die Ueberlebenden der einen Kompanie vor ein Kriegsgericht gestellt worden seien, weil sie sich nicht genügend verteidigt hätten.

Ein großer Teil der Kammer sowie der Kriegsminister erhoben Einspruch gegen die Verleumdung des Krieges, der nur der deutschen Propaganda zufließen konnte, worauf Dalbiez erklärte, er habe den Brief verlesen müssen; er habe dem Kriegsministerium schon oft Weisungen gemeldet, ohne daß eingewirkt wurde. Er wolle deswegen das Land auf dem Laufenden erhalten, um einen Druck auszuüben. Dalbiez forderte ferner von der Regierung eine Verständigung mit den Alliierten, damit man wisse, wann die Verhältnisse klären und im Lande nicht trügerische Hoffnungen bezüglich der Heimkehr der älteren Massen genährt würden.

Robert erklärte, im Kriegsrat in Compiegne sei eine geheimnisvolle, unfahbare, unennbare Macht schlecht inspiriert gewesen. Diese übelthätige Macht werde man hoffentlich bald kennen und aburteilen. Der Präsident der Republik könne nur von der Deputiertenkammer in Anklagezustand versetzt und vom Senate abgeurteilt werden. Der Präsident sei aber gemäß der Verfassung nur im Falle des Hochverrats verantwortlich, in allen anderen Fällen seien es die Minister. Diese Ausführungen Robert wurden von den Sozialisten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Ribot wandte sich dagegen, daß Poincaré in die Debatte gezogen wurde. Robert fuhr fort, er müsse diese Nacht zur Sprache bringen und geißeln; er sei zwar in der Widerheit, habe aber die ausschlaggebende Stimme. Es wäre ein Sakrileg, daß die Soldaten Frankreichs den Wahnsinn anderer mit dem Leben bezahlen müßten.

Darauf kam es zu einem außerordentlich erregten Zusammenstoß zwischen Riccardi und Viviani und großem Lärm in der Kammer. Sodann ergriff Kriegsminister Paulové das Wort.

Zu Poincarés Kammerrede schreiben die Amsterdamer „Nieuws van den Dag“:

Glaubt man wirklich, daß Minister Poincaré die Rede, worin die bekannte Sprache über Sieg oder Untergang und über die einzige Gefahr, die Frankreich drohe, die der inneren Uneinigkeit, geführt wurde, gehalten haben würde, wenn diese Gefahr nicht zu ernstlich wäre? Alles, was wichtig ist, hat man hinter geschlossenen Türen sagen müssen, und dann ist, nachdem die Pforten sich öffneten, um die Pressevertreter einzulassen, der Kriegsminister noch einmal auf die Tribüne gestiegen und hat eine Rede vor der Galerie, vor den Vundesgenossen, vor Neutralen und Feinden gehalten, die hieraus den Eindruck bekommen mußten, daß in Frankreich der Himmel immer noch voller Segen hängt. Wir haben jedoch während des Krieges lernen gelernt, und wir wissen nun, was es bedeutet, wenn immer ausgerufen wird: Wir müssen kämpfen! Dies geschieht, weil es viele Menschen gibt, welche nicht mehr kämpfen wollen.

Und wenn wir lesen, daß Fehler bei der Offensive begangen worden sind, und daß Generale, die dafür verantwortlich waren, u. a. der Oberbefehlshaber Ribelle, von ihren Ämtern entbunden worden sind und vor einem Untersuchungsaustrich erscheinen werden, dann verstehen wir, wie die Dinge sich verhalten. Die Regierung ist über das Mißlingen der Offensive im Frühjahr befragt worden. Dem französischen Volke war für diesen Sommer Frieden und Sieg versprochen worden, und nun sieht es, daß daraus nichts werden kann. Daraus ist die Regierung zur Verantwortung gezogen worden und sie hat die Schuld auf Ripelle abgewälzt.

Bei der Secresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensen

und an der

Mazedonischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 9. Juli 1917, abends.

Vom Westen nichts Neues.

Im Osten haben die Russen an der Straße Kaulsz—Stanislaw von neuem angegriffen; ihre Kräfte wurden durch Gegenstoß zum Stehen gebracht.

Nördlich des Dnjester keine besonderen Ereignisse.

Der österreichische Bericht.

Wien, 9. Juli 1917. (W. T. S.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In den Karpaten und an der oberen Bystrizza Solotwinka schickten die Russen mit verstärkten Aufklärungsabteilungen vor. Nordwestlich von Stanislaw mußte gestern nach zweitägigem erbitterten Ringen die erste Stellung unserer Verteidigungsanlagen dem Feinde überlassen werden. Eine Erweiterung des russischen Geländegewinns wurde durch das Eingreifen von Reserven verhindert. Nördlich des Dnjester, namentlich auf galizischem Boden, starke Artillerietätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei Udine wurde ein italienischer Vorstoß abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Berlin, 9. Juli 1917. (W. T. S.)

Amtlich.

Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte ist nach den eingegangenen Meldungen im Monat Juni an Handelschiffsdraum über eine Million Brutto-Register-Tonnen versenkt worden. — Diese Erfolge des U-Boot-Krieges rechtfertigen volles Vertrauen in die unausschließliche und entscheidende Wirkung auf unsere Gegner.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Wiederabdankung des Mandschukaisers.

Peking, 7. Juli. (Neuermeldung.) Am Morgen warf ein Flugzeug Bomben auf den Kaiserpalast. Tschang Sun überreichte später dem Kaiser sein Abdankungsgesuch; dieser erteilte ein Edikt mit der Befehlsgabe seiner Abdankung. Die Republikaner besetzen die strategisch wichtigen Stellungen der Außenbezirke der Stadt. Eine friedliche Belagerung ist wahrscheinlich.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 8. Juli. Amtlich. Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum

25 000 Br.-R.-T.

vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich sechs Dampfer, die in Geleitzügen fahren; vier von ihnen wurden aus ein und demselben Geleitzug herausgeschossen; ferner wurden versenkt die englischen Segler Countess und Lizzie Ellen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein deutsch-holländischer U-Boot-Streitfall.

Berlin, 9. Juli. Im Februar und März 1917 sind kurz nacheinander die deutschen Unterseeboote U. B. 38 und U. B. 6 in niederländische Territorialgewässer geraten und dort interniert worden. Die deutsche Regierung ist auf Grund des ihr vorliegenden Materials zu der Ueberzeugung gelangt, daß in beiden Fällen die Kommandanten die nötige Sorgfalt zur Vermeidung der niederländischen Gewässer angewandt haben und nur infolge einer Gavarie oder des Zustandes des Meeres in diese Gewässer gelangt sind; da in solchen Fällen nach Artikel 5 Nr. 1 der niederländischen Neutralitätserklärung das Einlaufen von Kriegsschiffen Kriegsführender ausdrücklich gestattet ist, hat die Deutsche Regierung die Freilassung der Boote verlangt. Diesem Verlangen glaubte die Niederländische Regierung nicht entsprechen zu sollen, weil nach ihrer Ansicht die U-Boot-Kommandanten bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt die niederländischen Gewässer hätten vermeiden können.

Bei dieser Sachlage sind die beiden Regierungen übereingekommen, die Frage, ob das Einlaufen der U-Boote in die niederländischen Territorialgewässer auf einem Unterlassen der nötigen Vorsichtsmaßnahmen seitens der deutschen Kommandanten beruhe oder nicht, durch eine internationale Kommission entscheiden zu lassen. Die Kommission wird am 12. Juli im Haag zusammentreten und aus je einem Seeoffizier Deutschlands, der Niederlande, Argentiniens, Dänemarks und Schwedens bestehen.

Die russische Offensive in Ostgalizien.

Russischer Secresbericht vom 7. Juli. Westfront: In der Gegend von Pinsk zerstörte unsere Flottille Brustwehren und Minen auf dem Binafluß. In der Richtung Hlatschow in der Gegend von Rasow—Mananur griff unsere Infanterie nach Artillerievorbereitung die starkbesetzten feindlichen Stellungen an und es gelang ihr zuerst, drei Linien Schützengräben zu besetzen, aber am Ende des Tages drängte der Gegner durch eine Reihe von Gegenangriffen unsere Abteilungen ein wenig zurück. Auf der Front der Höhen nördlich Prewoskije—Lawrisowka—Travoskije—Gobodowal westlich des Dorfes Kontiwiski ergriffen unsere Truppen die Offensive und führten am 6. Juli den ganzen Tag einen erbitterten Kampf. Die Werke und besetzten Punkte gingen aus einer Hand in die andere. Der Feind, der frische Verstärkungen herangezogen hatte, unternahm eine Reihe Gegenangriffe, davon die erbittertesten in der Richtung des Dorfes Urow und der Wälder westlich von Konjuhyn, wo es dem Gegner gelang, in mehreren Abschnitten unsere Angriffstruppen zurück-

zuwerfen. Am Schluß des Tages behielten wir in unserem Besitz die Höhen nordwestlich Pleskowitz, das Dorf Labrilowitsch-Trabotkoff und die Höhen östlich von Godow. Am Laufe des 6. Juli nahmen wir im Kampfe 17 Offiziere und 672 Soldaten gefangen.

In der Richtung auf Dolin drängten unsere Vorhuten in der Gegend südlich von Stanislau nach Artillerievorbereitung den Feind auf der Front Jamnica-Basserschna zurück und besetzten feindliche Schützengräben. Südlich von Bogorodschan übermühten unsere Vorhuten einen feindlichen Posten und drangen auf der Front Sialhowsk-Dwiniat vor. Nachdem sie den letzteren Ort besetzt hatten, schlugen sie feindliche Gegenangriffe zurück und ebenso einen gegnerischen Posten in der Gegend von Jawlonska Borotki. Im ganzen haben wir bei den Kämpfen am 6. Juli in der Richtung auf Dolin 200 Mann gefangenengenommen.

Reichstag.

Sozialdemokratische Interpellation über die wirtschaftlichen Nöte.

Wie zum Johu rieselte am Montag, am Tag der sozialdemokratischen Interpellation über die Wirtschaft auf dem Gebiete der Obst- und Gemüseversorgung, zum ersten Male seit Monaten ein echter und rechter Landregen vom Himmel. Wäre er eher gekommen, zur Zeit, als Obst und Gemüse dringend die Erfrischung des Volkes brauchten, wäre die Interpellation vielleicht weniger nötig gewesen. Zu allen übrigen Beschwerden und Nöten nun auch noch die Sorge um das Gemüse, das uns über die schlimme Zeit vor der neuen Getreideernte hinwegbringen sollte, und um das Obst, das wir für die Marmelade an Stelle des fehlenden Kaffees in den kommenden Monaten so dringend brauchen! Freilich ist es nicht nur die Ungunst der Witterung, die uns in diese Schwierigkeiten bringt, nicht minder sind sie auf Mängel der Organisation zurückzuführen, worüber unser Genosse Hoch, der Begründer der sozialdemokratischen Interpellation, ein reiches Material in scharfer Anklage vorbrachte. Eberio groß sind die Befürchtungen über die rechtzeitige und zweckmäßige Regelung der Kohlenversorgung. Die Forderung ist geringer, die Ansprüche sind größer. Wird die Regierung aus ihren vielen bitteren Erfahrungen gelernt haben, rechtzeitig das Nötige zu tun? Nach dem Staatssekretär Helfferich geschieht zwar alles, aber seinen Zusicherungen schenkt das deutsche Volk herzlich wenig Vertrauen. Eine dritte große Sorge bereiten den minderbemittelten Volksschichten die von den Hausbesitzern geplanten Kündigungen und Mietsteigerungen. Herr Helfferich verwies auf Bundesratsverordnungen. Aber was nützt das Papier! Auf durchgreifende Taten kommt es an.

Schuhhaft.

Eine Anfrage im Reichstag.

Am Reichstag hat der Abg. Kühle (wild) folgende Anfrage an den Reichstagspräsidenten gerichtet:

Ist dem Herrn Reichstagspräsidenten bekannt, daß Frau Dr. Rosa Luxemburg am 10. Juli 1916, nachdem sie eben erst eine Gefängnisstrafe von einem Jahre verbüßt hatte, in Sicherheitshaft genommen worden und bis auf den heutigen Tag der Freiheit beraubt ist, ohne daß etwas gegen sie vorliegt, was nach dem Schutzhaft-Befehl die Verhängung der Haft rechtfertigen könnte?

Ist dem Herrn Reichstagspräsidenten weiter bekannt, daß gegen Frau Dr. Luxemburg nicht einmal ein Strafverfahren auch nur eingeleitet worden ist, das die Rechtfertigung der Sicherheitshaft bilden könnte? Weiß der Herr Reichstagspräsident, daß Frau Dr. Luxemburg inzwischen als Delegierte für die Stockholmer Konferenzen gewählt worden ist und daß das Holländisch-Scandinavische Komitee die deutsche Regierung um Freilassung der Frau Luxemburg für die Stockholmer Konferenzen erjudet hat?

Was gedenkt der Herr Reichstagspräsident zu tun, um die gegen Frau Dr. Luxemburg verhängte, dem Schutzhaft-Befehl widersprechende Sicherheitshaft zur Aufhebung zu bringen, und wie gedenkt er das Ersuchen des Holländisch-Scandinavischen Komitees zu beantworten, um nicht im An- und Ausstand den Eindruck aufkommen zu lassen, daß in Frau Dr. Luxemburg eine politische Gegnerin der Regierung verhindert werden soll, in Stockholm für den Frieden zu wirken?

Berichtigungen. In dem Artikel des bulgarischen Gesandten D. Ritzoff „Am Ragedonien“ (Nr. 184 d. Bl.) ist ein Satz durch einen Schreibfehler sinnlos geworden. Nichtig muß er heißen: „Die Regierung des Sultans Hamid, die die mazedonischen Bulgaren fürchtete und die sie schwächen wollte, gewährte diesen Serben vollen Schutz.“

Reichstag.

113. Sitzung vom Montag, den 9. Juli, nachmittags 3 Uhr. Am Bundesratspräsidenten: Dr. Helfferich, Watocki. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Antrid und Genossen (Soz.) betreffs der

Mißstände auf dem Obst- und Gemüsemarkt

und in der

Kohlenversorgung

und betreffs der von den Hausbesitzerorganisationen beschlossenen Kündigungen und Mietsteigerungen.

Staatssekretär Dr. Helfferich erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Hoch (Soz.):

Unsere Anfrage betrifft zunächst die geradezu unerträglichen Mißstände auf dem Obst- und Gemüsemarkt. Die Zufuhren sind vollständig verschwinden, und nur zu Wucherpreisen ist Obst und Gemüse zu haben. Es darf es nicht weiter gehen, es muß dafür gesorgt werden, daß auch die große Masse der Bevölkerung Obst und Gemüse zu angemessenen Preisen erhält. Die Marmeladenfabrikation kommt für dieses Verschwinden des Obstes vom Markte gar nicht in Betracht, denn von der diesjährigen Ernte haben die Marmeladenfabriken noch so gut wie gar nichts bekommen. Obst und Gemüse werden in diesem Jahre für unsere Ernährung eine weit wichtigere Rolle spielen als je vorher, weil ja andere Lebensmittel von der Wildfläche verschwunden sind. Das Verschwinden der Reichsgemüsestelle beruht auf dem Grundsatze der Höchstpreise, neben denen man aber auch den freien Wettbewerb erhalten will. Ohne die Höchstpreise wären die Verhältnisse noch viel schlimmer, es kann sich daher nicht um ihre Beseitigung, sondern nur um ihre Verbesserung und Verwollständigung handeln. Sie erfüllen ihre Aufgabe nicht, wenn mit ihnen nicht eine Regelung des Verkehrs der Waren verbunden ist. Die Waren müssen von der Gesamtheit erfaßt und an die Masse des Volkes abgeführt werden. Zur Entschärfung der Verhältnisse führt man an, es handele sich hier um leicht verderbliche Waren, deren schnelle Verteilung nur die tüchtigsten Großhändler besorgen können. Das ist richtig. Aber niemand verlangt, daß beim Eingreifen der Reichsleitung die tüchtigen Groß- und Kaufleute nicht mitarbeiten sollen, wie Klagen im Gegenteil darüber, daß sie nicht in genügendem Maße herangezogen werden; freilich darf das Volk nicht den Kaufleuten zur Ausbeutung überlassen werden. Die Marmeladenfabrikation hätte planmäßig unter Benutzung der größten Fabriken und Entschärfung der kleinen ausgebaut werden müssen. Statt dessen

hat man gestattet, neue kleine Fabriken zu gründen, die unwirtschaftlich arbeiten. Das läßt man zu in einem Augenblick, wo man in anderen Gebieten aufs Schärfste eingreift, um Kaufmann zusammenzuliegen und Koffeln zu sparen. Jeder Kaufmann hätte dringend von der Gründung solcher kleinen, unwirtschaftlich arbeitenden Fabriken abgeraten. Eine andere merkwürdige Maßnahme der Reichsleitung für Obst und Gemüse ist die vollständige Revision der Betriebe, die bereits von der Kriegsgesellschaft kontrolliert werden. Ich bitte, und die Tatsachen mitzuteilen, die es nötig machen, in dieser eingehenden Weise einen doppelten Kontrollapparat zu haben. Lebhaft wird auch darüber gefragt, in wie unangehöriger Weise die Geschäftsleute von den Reichsstellen behandelt werden; die Kaufleute werden von oben herab behandelt und geradezu abgefängelt. Die Herren von den Behörden sollten sich bewußt bleiben, daß sie von den erfahrenen Geschäftsleuten noch sehr viel zu lernen haben, denn

das ganze Beamtensystem hat völlig abgewirtschaftet

und sich als völlig unfähig erwiesen, den Aufgaben der Kriegszeit gerecht zu werden. Bei richtigem Zusammenarbeiten zwischen Kaufleuten und den Reichsstellen kann alles gelöst werden, was zu lösen ist, die Ernte kann dann vollständig und zur richtigen Zeit erfaßt werden. Man muß sich dazu des Großhandels bedienen und ihm Gewinn in angemessenen Grenzen gestatten, zugleich aber muß man jede andere Abgabe der Ware vollständig verbieten. Die Reichsleitung hat aber den freien Wettbewerb wieder zugelassen. Ich frage, welche Mengen sind durch die Lieferungsverträge gesichert worden? Das ist ganz minimal. Außerdem arbeitet dieser ausgefälschte, unpraktische Apparat furchtbar umständlich. Nach den bisherigen Erfahrungen bleibt nichts übrig, als jeden freien Verkauf zu verbieten und

den Verkauf durch die Gemeinden zu organisieren.

Die kleinen Geschäftsleute zu verfolgen, die sich nicht im Schleichhandel Waren verschaffen können, ist ganz falsch. Vor allem muß auch eine Verständigung herbeigeführt werden zwischen den Gemeinden und den Marmeladenfabriken, wonach gewisse Teile des Obstes, je nach dem Ausfall der Ernte zur Marmeladenbereitung zur Verfügung gestellt werden. Je mehr Obst die Gemeinden zu diesem Zwecke zur Verfügung stellen, desto mehr müßte ihnen Marmelade gesichert werden. Eine solche planmäßige Regelung wäre durchaus möglich. Zu unhaltbaren Zuständen hat der Umstand geführt, daß man die Fabriken aus der Kontrolle herausgelassen hat, die ein ganz wunderwertiges Aufstrichmittel herstellen, und daß man zuläßt, daß diese sog. Marmelade zu viel höherem Preise veräußert wird als die richtige Marmelade aus Obst. Nach den papierernen Bestimmungen, die man mit Strafen durchsetzen will, kann sich ein gewisserhafter Familienvater heute gar nicht richten, weil er seine Kinder nicht verbungern lassen will. (Sehr wahr!) Alle solche Strafverfügungen haben nur den Erfolg, daß der kleine Mann, der sich nicht anders helfen kann, gefaßt wird, der Reiche kann sich immer sichern. Strafbestimmungen sehen immer eine vernünftige, sachverständige Regelung voraus. Mit den Saatstoffstellen ist ein geradezu unerhörter Schwindel getrieben worden, der große Erbitterung bei den Bauern hervorgerufen hat. Kommt es zu Unruhen wie in Striegau, werden die schwersten Strafen, viele Monate Gefängnis verhängt.

Vorher war Striegau eine ganze Woche fast ohne Brot gewesen.

Hört, hört! Also aus der dringendsten Not heraus sind die Frauen zur Verzweiflung getrieben. (Sehr wahr!)

Ich komme zu unserer Frage betreffs der Kohlenversorgung. Lassen Sie uns nicht von hier weggehen, ohne uns genauere Angaben zu machen. Der Staatssekretär hat erklärt, es werde alles geschehen, um die Förderung zu heben. Zweifellos werden Sie sich alle Mühe geben. Aber hier rächt es sich, daß ein so wichtiger Produktionszweig in den Händen einiger Privatleute ist. (Sehr richtig!) Der Staatssekretär will zweifellos die Kohlenproduktion fördern; aber hat er sich auch der Erlaubnis des Herrn Rirdorf versichert? Auf einer Versammlung der Zechenbesitzer hat Herr Rirdorf es klar ausgesprochen, daß die Schwierigkeiten einer stärkeren Förderung unüberwindlich sind, wenn nicht für Ruhe unter den Arbeitern im Sinne des Herrn Rirdorf gesorgt wird und wenn das schädliche Plüßdien gesetz nicht beseitigt wird. Ich frage den Staatssekretär, ob er diesem übermütigen Nachschubsystem der Kohlenherren gegenüber dem Willen des gesamten Volkes nachkommen will, daß die Kohlenjäger der Erde in den Besitz der Gesamtheit übergeführt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Schließlich beschäftigt sich unsere Interpellation mit den von den Hausbesitzerorganisationen beschlossenen Kündigungen, die bereits in starkem Umfange erfolgt sind. In der Gesetzgebung der Schweiz und Österreichs haben wir bereits ein Vorbild, wie dagegen eingeschritten werden kann. Dort muß in jedem Einzelfall untersucht werden, ob eine Mietsteigerung unerlässlich ist. Und wo das der Fall ist, können wir die gesteigerte Mietlast unmöglich auf die Schultern der Mieter allein legen. Viele kleine Geschäftsleute, Handwerker und Arbeiter können eine höhere Mietlast gar nicht tragen, da muß die Gesamtheit eintreten. Mit entsprechenden Maßnahmen darf man aber nicht bis zum 1. Oktober warten, hier wie bei den Kriegsmassnahmen überhaupt heißt es: Schnell handeln. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Beim Obst- und Gemüsebau erkennt die Reichsleitung die Schwere der Situation an. Sie übersieht auch nicht die Mängel der Organisation, aber die Hauptursache der Schwierigkeiten ist die große Dürre der letzten Wochen.

Die nicht leichte Situation auf dem Gebiet der Kohlenversorgung ist im Hauptausmaß eingehend erörtert worden. Die Produktion ist ungenügend, die in Friedenszeiten, aber der Verbrauch ist jetzt größer geworden, vor allem durch die enorme Ausdehnung der Rüstungsindustrie. Es wird dafür gesorgt werden, daß ein Ausgleich zwischen Förderung und Verbrauch eintritt und ein genügender Spielraum für Reserven bleibt. Der Ausgleich muß herbeigeführt werden durch weitere Steigerung der Förderung und durch Einschränkung des Verbrauchs. Ueber die bereits im Gange befindlichen Maßnahmen zur Sicherung der Förderung habe ich in der Kommission nähere Ausführungen gemacht. Sie werden Erfolg haben, wenn Streiks unterbleiben. Die alle Berechnungen über den Hausen werfen können. Die streikenden Arbeiter sollten sich vor Augen halten, daß sie vor allem andere Arbeiter treffen, sowie die Verteidigung des Vaterlandes. Für die Organisation der Verteilung ist ein eingehender Plan von dem Kohlenkommissar bereits entworfen. Die Unterverteilung wird in die Hände der Kommunen gelegt werden, die mit dem Recht der Beschlagnahme ausgestattet werden.

Nun zu den Mietsteigerungen. Hier müssen wir uns auch die schwierige Lage der Vermieter vor Augen halten, die sehr oft nur schwer belastete Hypothekenschuldner sind. Durch Bundesratsverordnungen sind die Kriegserfamilien gegen gewalttätige Mäuerung ihrer Wohnungen geschützt worden. Auch helfen ihnen die Mietunterstützungen, die von den Gemeinden gezahlt werden. Für die Mieter in der Gesamtheit ist durch Bundesratsverordnung gleich zu Anfang des Krieges eine dreimonatliche Zahlungsfrist gewährt worden. Auch die Interessen der Vermieter sind durch Bundesratsverordnungen geschützt worden, durch die eine Verlängerung der Hypotheken sowie eine sechsmonatliche Zahlungsfrist für die Hypothekenzinsen und Erleichterung der Steuern ermöglicht wurden. Auch die Mietunterstützungen der Gemeinden kommen vielfach den Mietern zugute.

Nicht zu verkennen ist, daß die Kosten des Hausbesitzes auch erheblich gestiegen sind; dazu kommen die Mietausfälle, ein wahlloses Verbot der Mietsteigerungen kann daher nicht erfolgen, das würde vielen Hausbesitzern den Lebensabend abhandeln. Es muß ein billiger Ausgleich der Interessen der Mieter und Vermieter erfolgen. Der Bundesrat wird in den nächsten Tagen Vorschläge in dem damals dargelegten Sinne machen. Dem Mieter wird natürlich aufs Schärfste entgegengetreten werden. Die Interessen der Kriegsteilnehmer und ihrer Familien sowie der Minderbemittelten überhaupt sollen besonders berücksichtigt werden. — Die Frage des Abg. Hoch: Haben Sie auch schon

Herrn Rirdorf gefragt? weise ich als eine Kränkung entschieden zurück. Auf private Einflüsse gebe ich nichts. Private Sachkunde machen wir uns zununne, aber wir tun das Beste für das gemeine Wohl. (Bravo!)

Präsident des Kriegsernährungsamts von Watocki

legt zunächst die vom Kriegsernährungsamt ergriffenen Maßnahmen zur Versorgung mit Obst und Gemüse dar. Die Produktion ist erheblich gesteigert worden. Die Lieferungsverträge umfassen 360 000 Morgen. Die Ernte ist bis sehr weit unter dem Mittel zurückgeblieben. Die Möglichkeit einer Beschlagnahme von Früchteme und Obst müßten wir nach dem Rat aller Sachverständigen als ausgeschlossen betrachten. Sie hätte zum Verderben der Sachen führen müssen, die innerhalb 24 Stunden, wenn sie vom Acker kommen, verbraucht werden müssen. Wir mußten das Höchstpreissystem durchführen, sonst wären wir zu Preisen gekommen, wie jetzt bei den Melonen, die man für 50 bis 60 Mark das Stück bekommt. Wir müssen in erster Linie für die Hausfrauen sorgen, die für den Tagesbedarf einkaufen, damit diese nicht völlig leer ausgehen, muß der Damsterei entgegengetreten werden. Das erhöht das Einmachten. Aber zwei Hasen können wir nicht auf einmal jagen. Entweder müssen wir den Frischkonsum fordern oder das Einmachten, und da geht mir der Frischkonsum vor. Ein bestimmter Teil muß auch für die Marmeladenfabriken reserviert werden. Kohlrüben werden nicht mehr zum Strecken der Marmelade verwandt werden. Ertragsmarmeladen haben nichts mit dieser Regelung zu tun. Gegen

Beiträger und Schieber

auf dem Gebiete des Ertragsmittelschwindels ist schwer vorzugehen; es geschieht aber da alles, was möglich ist. — Wirklich befriedigende Zustände kann ich bei der schlechten Ernte und dem riesigen Bedarf auf dem Obst- und Gemüsemarkt nicht in Aussicht stellen. Für den Herbst liegen die Aussichten durchaus nicht ungünstig. Die Brotgetreideernte verspricht der Ernte von 1915 gleichzukommen; die Kartoffelernte wird sicher besser sein als die schwere Risernte von 1916. Damit sind die beiden Grundlagen unserer Ernährung für die Zukunft gesichert. (Bravo!)

Auf den Antrag des Abg. Scheidemann wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Giesberts (Ztr.):

Die elende Preistreibelei auf dem Gemüsemarkt, die wir jetzt haben, ist ein Produkt unserer Preispolitik. Man kann unmöglich alle die Händler und Frauen einsehen, die die Höchstpreise überschreiten. Die wirklichen Schieber, die nicht Gefängnis, sondern die Prügelstrafe verdienen, trifft man damit nicht. An den hohen Gemüsepreisen im Rheinland, Westfalen tragen auch die Gemeinden Schuld, die für jeden Preis sich Gemüse aus Holland zu verschaffen suchen. Zur Beseitigung der Kohlennot ist sehr wichtig, daß die Wünsche der Bergleute in bezug auf Ernährung und Löhne nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Ich verurteile aufs Schärfste jeden Streik von Rüstungsarbeitern und Bergleuten in der jetzigen Zeit, aber wenn die Bergleute streiken, so tun sie das in keinem Falle aus Mißwillen.

Die Debatte wird vertagt.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 11. Juli 3 Uhr: Debatte über äußere und innere Politik. Kreditvorlage.

Achtung, Metallarbeiter!

Nach den uns von den verschiedenen Seiten gewordenen Informationen haben die Unternehmer am Montag, den 9. d. M., den Versuch gemacht, und werden wahrscheinlich auch noch weitere Versuche machen, um die Arbeiter in den Betrieben der Rüstungsindustrie zu einer anderen Stellungnahme bezüglich der Protration zu veranlassen, als dies in unseren Vertrauensmännerkonferenzen in letzter Zeit geschehen ist. Die Metallindustriellen wollen augenscheinlich durch diese Versuche Material haben für eine wichtige Besprechung, die heute, Dienstag nachmittag, in dieser Sache stattfindet.

Wir haben festgestellt, daß die Informationen der Unternehmer an die Arbeiterausschüsse usw. nicht objektiv sind und zwar zweifellos zu dem Zweck, um ein den Unternehmern geeignet erscheinendes Resultat zu erzielen. Wir ersuchen unsere Kollegen, sich auf nichts einzulassen und ruhig abzuwarten, bis sie von uns weitere Informationen bekommen.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin.

Letzte Nachrichten.

Scheitern der Reichstagsaktion?

Die uns in später Abendstunde mitgeteilt wird, droht die Kriegszielumgebung des Reichstags an dem unklüglichen Verhalten der Nationalliberalen zu scheitern.

Auch nach dem Ausschneiden der Nationalliberalen würde eine starke Mehrheit für die vereinbarte Erklärung übrig bleiben. Das Zentrum erklärt jedoch, seine Zustimmung zu ihr von der Mitwirkung der Nationalliberalen abhängig zu machen!

Unabhängig von dem Schicksal der geplanten Kundgebung werden die Bestrebungen zur Parlamentarisierung der Regierung weiter fortgesetzt. Die Nationalliberalen zeigen an ihnen lebhaftes Interesse, da ein sehr starker Teil der Fraktion einen Personenwechsel an der höchsten verantwortlichen Stelle für unbedingt notwendig hält.

Die tschechischen Sozialdemokraten für nationale Verständigung.

Prag, 9. Juli. Die Vertrauensmänner der tschechischen Sozialdemokratischen Partei nahm eine Entschlossenung an, wonach zur Herbeiführung einer nationalen Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen die Reichsratsabgeordneten aus Böhmen mit den Rechten einer Landeskonstituante betraut werden sollen, um die ganze nationale Frage zu erörtern auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Nationen.

Die Schecks des „Bonnet Rouge“.

Paris, 9. Juli. Im „Bonnet Rouge“ beabsichtigte Alnerelda den Sachverhalt bezüglich des von Ribot in seiner Rede erwähnten Schecks darzulegen. Die Ausführungen sind jedoch von der Zensur gestrichen. Alnerelda erklärt sodann, er dürfe nicht alles sagen, was in der Angelegenheit interessant sei, aber er bestrehe auf seine und des Wlattes Unschuld.

13 Sozialisten in Rumänien erschossen.

Basel, 9. Juli. Dem „Matin“ wird unterm 8. Juli aus Rotterdam gemeldet, daß 13 Sozialisten wegen der Freirichtung von Rakowitsch auf Befehl der rumänischen Regierung vor der richterlichen Verurteilung erschossen wurden. Hierüber herrscht in rumänischen Kreisen große Erregung.

Streitbewegung in Holland.

Basel, 9. Juli. Dem „Matin“ wird unterm 8. Juli aus Rotterdam gemeldet: Nach den letzten aus Amsterdam einlaufenden Nachrichten nimmt der Streik in den Seewerken mit großer Schnelligkeit eine immer größere Ausdehnung an. Der Hafenverkehr ist bereits vollständig lahmgelegt. Alle Kundgebungen in den Straßen sind untersagt.

Parteinachrichten.

Bewusstes Preisgeben wichtiger Grundrechte der Arbeiterbewegung.

Die „Internationale Korrespondenz“ schreibt: Der Fuchs kommt aus dem Bau! Gegenüber der Enthüllung der „Leipziger Volkszeitung“, daß bei der Gründung des neuen Parteiorgans in Leipzig an die Interne die Bitte gerichtet worden ist, seine Propaganda in den Fabriken nicht zu fördern, wurde auf ein Rundschreiben der „Nordhäuser Volkszeitung“ hingewiesen, in dem die sozial überlebenden gebeten werden, das Vorurteil abzustreifen, das ein Verhängnis für Volk und Vaterland gewesen, und unserm Blatte und seiner Politik die Beachtung zu schenken, die sie im Interesse des deutschen Volkes verdienen. Ueber zwei Spalten verweist die „Nordhäuser Volkszeitung“ darauf, dieses Rundschreiben zu entschuldigen. Sie stellt es als eine Leserverweigerung hin, die sich schließlich in der Form etwas vergriffen habe; aber was in Leipzig geschehen sei, sei ein bewusstes Preisgeben wichtiger Grundrechte der Arbeiterbewegung überhaupt.

Das wollten wir nur hören. Wir richten nunmehr an die „Nordhäuser Volkszeitung“ folgende Frage: Ist es eine Preisgabe wichtiger Grundrechte der Arbeiterbewegung überhaupt, wenn diese Zeitung zu einer Zeit, als sie schon Organ der unabhängigen Sozialdemokratie war, um Inzerate zu erhalten, sich unter schriftlich verpflichteter hat, eine bestimmte kapitalistische Institution nicht mehr anzugreifen? Wir warten die Antwort der „Nordhäuser Volkszeitung“ auf diese Frage ab, um über die Wächter der Parteiprinzipien und der Grundrechte der Arbeiterbewegung das Weitere zu sagen.

Agitationsversammlungen am Niederrhein.

Im Bezirk Niederrhein sprach Landtagsabgeordneter Girsch (Berlin) in Eberfeld, Hagen und Weidenich über die Neuorientierung in Reich und Staat. In den gut besuchten Versammlungen stimmten die Zuhörer den Ausführungen des Referenten, der die Notwendigkeit der sofortigen Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen betonte, bedingungslos zu. Sie gelobten, noch während des Krieges an der Herbeiführung freiheitlicher Zustände in Deutschland und in Preußen mitzuwirken zu wollen, nicht nur im Interesse der deutschen Arbeiterklasse, sondern auch um unsern Feinden den Grund zu nehmen, Preußen und Deutschland fortgesetzt als Hort der Reaktion erscheinen zu lassen. Die Versammlungen, die von dem besten Geist besetzt waren, stimmten darin überein, daß ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiterklasse unbedingt erforderlich sei und daß deshalb jeder, dem es ernst sei mit der Demokratisierung unserer innerpolitischen Zustände, der sozialdemokratischen Partei die Treue halten müsse.

Groß-Berlin

Die Kohlenverteilung in Groß-Berlin.

Das Oberkommando in den Marken erläßt soeben eine Verordnung betr. die Regulierung der Kohlenverteilung in Groß-Berlin, durch die der Verbrauch an Kohlen auf das unbedingt notwendige Maß eingeschränkt werden soll. Die Verordnung ist nach Beratung mit den Groß-Berliner Gemeinden und den Landräten der Kreise Teltow und Niederbarnim erlassen. Sie bezweckt in erster Linie eine sofortige Sperrung zur Verhinderung ungleicher und übermäßiger Versorgung einzelner und sodann eine gleichmäßiger Verteilung der vorhandenen Vorräte, damit vor Wintereinbruch jeder für den notwendigen Bedarf versorgt wird. Das Oberkommando erwartet von dem bewährten Gemeinsein der Berliner Bevölkerung, daß diejenigen, die bereits Vorräte haben, soweit sie überhaupt noch berechtigt sind, weitere Mengen zu beziehen, ihre vollständige Versorgung, die gerade durch die scharfen Bestimmungen der Verordnung auch für später auf alle Fälle gesichert ist, zunächst zurückstellen und denjenigen ihrer Mitbürger den Vortritt lassen, denen es am Nützlichsten mangelt. Ganz besonders gilt dies für den Bezug des in der Übergangszeit zulässigen halben Zentners Kohlen, dessen Bezug zeitlich unbegrenzt ist und von jedermann auch später nachgeholt werden kann.

Für Küchen- und Ofenbrand ist die Einführung der Kohlenkarten vorgesehen. Es sollen erhalten: Gruppe I: 1 heizbares Zimmer oder Küche 5 Zentner; Gruppe II: 2 heizbare Zimmer einschl. Küche 10 Zentner; Gruppe III: 3 heizbare Zimmer einschl. Küche 15 Zentner; Gruppe IV: 4-5 heizbare Zimmer einschl. Küche 20 Zentner; Gruppe V: mehr als 5 heizbare Zimmer einschl. Küche 30 Zentner. Für Wasch- und Küchengebäude werden für Haushaltungen in Wohnungen mit Zentralheizung Sonderkarten ausgegeben, und zwar für Waschwäsche 2 Zentner bei Haushaltungen von mehr als 6 Personen 3 Zentner, für Küchengebäude 3 Zentner (bei Haushaltungen von mehr als 6 Personen 5 Zentner). Für Zentralheizungsanlagen ist eine Regelung getroffen, die eine vorläufige Einschränkung der Belieferung auf 50 Proz. des vorjährigen Verbrauches vorsieht.

Auch die gewerblichen Betriebe müssen sich eine Kürzung gefallen lassen. Betriebe mit einem Durchschnittsmonatsverbrauch von höchstens 10 Tonnen werden auf etwa 60 Proz. ihres Verbrauches in dem entsprechenden Kalendertrimester des Vorjahres beschränkt. Eine entsprechende Regelung für die Großbetriebe bleibt der Entscheidung des Reichskohlenkommissars vorbehalten. Die Geschäftsräume von Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Kirchenbehörden, sowie die öffentlichen Krankenhäuser und Schulen, ferner die Bäckereien, werden mit den gleichen Mengen versorgt wie im Jahre 1915/16.

Durch Bestandsmeldung und Feststellung eingelagerter Vorräte wird verhindert, daß ihre Besitzer zum Schaden der Allgemeinheit weitere Mengen beziehen. Für die Uebergangszeit bis zur Fertigstellung der Karten dürfen diejenigen, die gegenwärtig keine Kohlen besitzen, gegen Abgabe des Mittelstücks der für die Zeit vom 9. Juli ab gültigen Reichs-Kohlenkarte für Berlin und Nachbarkarten entnehmen. Für alle übrigen Verbraucher beginnt die gleiche Befugnis mit dem 15. August. Die Dauer der Befugnis zur Entnahme ist für alle Verbraucher unbegrenzt.

Wenn auch bei der Wichtigkeit des Gegenstandes und mit Rücksicht auf den Ernst der Lage und die Verantwortung, die jeder einzelne mitträgt, Zuwiderhandlungen nicht erwartet werden, so ist doch Vorsorge getroffen, daß die Kriegsdienststelle im Falle der Zuwiderhandlungen Kohlenhändlern den Fortbetrieb des Handelns untersagen kann, unbeschadet der gerichtlichen Verfolgung des schuldigen Kohlenhändlers und Verbrauchers. Andererseits hat aber die Kriegsdienststelle auch die Möglichkeit, die mannigfaltigen unermesslichen Härten der Verordnung in der Durchführung zu mildern, indem sie in besonderen Fällen im Einvernehmen mit den Gemeinden Ausnahmen zulassen kann. Für Fälle besonderer Not ist eine Lagerbildung in der Weise vorgesehen, daß Kohlenhändler, die waggonweise oder in Nachladungen Verfrachts auf Lager zu nehmen haben, die bis auf weiteres als beschlagnahmt gelten, und für Notfälle zur Verfügung der Behörden stehen.

Es wird empfohlen, daß jeder Abnehmer sich an seinen vorjährigen Lieferanten wendet, und jeder Lieferant seine vorjährigen Abnehmer nach Maßgabe der Verordnung und entsprechend der zur Verfügung stehenden Mengen weiter versorgt. Ferner ist

es bei dem Mangel an geeigneten Arbeitskräften zweckmäßig und erwünscht, daß die Verbraucher die Kohlenhändler bei dem Abtragen der Kohlen unterstützen. Die Kohlenhändler dürfen daher solche Personen, die ihnen eine derartige Unterstützung gewähren, vor anderen belisten. Die ganze Verordnung ist insofern eine vorläufige, als gehofft wird, im Laufe des Winters der Bevölkerung weitere Kohlenmengen zuführen zu können. Da ihr Umfang aber in keiner Weise sicher ist, muß sich jeder Verbraucher äußerster Sparsamkeit zur Pflicht machen.

Wir halten die Zuteilung der Kohlenmengen an die einzelnen Mietergruppen für unglücklich und für unhaltbar. Die Mengen für die kleinen Wohnungen sind viel zu gering. Für ein heizbares Zimmer (oder Küche) werden nur 5, für zwei heizbare Zimmer (einschl. Küche) nur 10 Zentner abgegeben; wer aber 4-5 oder mehr als 5 heizbare Zimmer mieten kann, dem stehen 20 bzw. 30 Zentner zur Verfügung. Der Wohlhabende wird natürlich so viele Zimmer nicht heizen, dafür aber die anderen Zimmer um so besser beheizen können. Der Kleinmieter, der sich auch nicht in dem Maße wie sozial Bessergestellte durch warme Kleidung und zweckentsprechende Ernährung gegen die Kälte schützen kann, ist gegen jene aufs ärgste benachteiligt. Das Oberkommando hat vor Erlass der Verordnung zwar die Gemeindeverwaltung und die Kohlenhändler, nicht aber die Vertreter der Verbraucher gehört. Im anderen Falle würden die Bestimmungen den hier ausgeprägten schweren Mangel wohl nicht enthalten. Es ist aber noch genügend Zeit, dies nachzuholen.

Ein Jahr Berliner Volkspeisung.

Am 10. Juli 1916 wurde die erste Zentralküche in der Markthalle Wörther Straße-Tresowstraße mit zunächst acht Ausgabestellen eröffnet. Im selben Monat folgten die Küchen II in der Turnhalle Graunstraße, III auf dem städtischen Vieh- und Schlachthof und IV auf dem Grundstück der Gasanstalt in der Sellenstraße, im August die Küchen V in der Zentralmarkthalle am Alexanderplatz und VI in der Markthalle Büdlerstraße, schließlich im September die Küche VII in der Markthalle am Arminiusplatz, VIII in der Markthalle Zuckersüßer-Dresdener Straße und IX in der Markthalle am Paradeplatz; nach einem längeren Zwischenraum dann noch im Februar 1917 die Küche XI auf dem Grundstück des Wasserturns in der Vestforter Straße. Die in einem Speichergrundstück in der Lohmühlenstraße errichtete Küche X ist bisher ihrem Zwecke noch nicht zugeführt worden. Die Zahl der Ausgabestellen beträgt gegenwärtig 66. Am 1. Oktober 1916 hat die städtische Volkspeisung auch die bis dahin vom „Verein für Kinder- und Volksküchen und Volkskinderhorte“ besorgte Speisung bedürftiger Schulkinder übernommen.

Die Zahl der Teilnehmer unterlag erheblichen Schwankungen. In den letzten Wochen ist sie bedeutend gestiegen. In der ersten Woche des Oktober 1916, also nach Inbetriebnahme der ersten neun Küchen und nach Übernahme der Schulkinderpeisung ist an 53 187 Personen täglich Essen verabfolgt worden. Im Februar 1917 stieg die Zahl auf 152 730 täglicher Teilnehmer, während sie im April 1917 auf 117 156 herabging; für die gegenwärtige Woche ist sie wieder auf 171 597 tägliche Teilnehmer gestiegen. Eine Reihe von Fabrikbetrieben sowie auch von Behörden, im ganzen zurzeit 110, entnehmen für ihre Angestellten Essen in größeren Mengen.

Kein „Kriegsmus“ im nächsten Winter.

Eine für die Lebensmittelversorgung unserer Bevölkerung im nächsten Winter besonders erfreuliche Nachricht geht uns zu. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat sich infolge der schlechten Erfahrungen mit dem durch Zulag von Kohlrüben „gestreckten“ Kriegsmus entschlossen, für das kommende Wirtschaftsjahr auf die Verwendung von Kohlrüben zur Marmeladenherstellung vollständig zu verzichten. Es wird also kein „Kriegsmus“ in dem üblichen Sinne mehr geben, wie es wohl alle Sichten der Bevölkerung leider bis in die letzte Zeit hinein lernen gelernt haben. Im nächsten Winter wird es lediglich Kriegsmus geben, das aus mehreren Obstsorten zusammengelocht ist — eine Herstellungsweise, die in vielen Haushaltungen schon im Frieden mit bestem Erfolge angewendet worden ist.

Das „Kriegsmus“ war in gewisser Hinsicht eine der schlimmsten Prüfungen, die unserer Bevölkerung auferlegt wurde. Das Ergebnis war denn auch, daß die Gemeinen zuletzt das Kriegsmus freihändig in beliebigen Mengen abzugeben versuchten, und als sie es auch auf diese Weise nicht verkaufen konnten, der Kriegsmarmeladengesellschaft überhaupt nicht mehr abgaben. Diese Gesellschaft hat ungeheure Mengen von Kriegsmus zurückgehalten, die jetzt wertlos sind.

Erwischte Schleich- und Kettenhändler.

Das Kriegswucheramt sagte eine Gesellschaft von acht Kettenhändlern ab, die 100 Zentner Schinken und Speck zum Preise von 840 M. das Pfund verschleiben wollten. Die Ware, als deren Eigentümer sich ein gewisser Friedrich Knapp bezeichnete, wurde auf einem Fabrikhof in Weissenhof vorgefunden und beschlagnahmt. — Ein anderes Kettenhandelsgeschäft, an dem sieben Personen beteiligt waren, konnte das Kriegswucheramt verhindern, indem es für 50 000 M. Leberwurst in Dosen beschlagnahmte, als deren Besitzer sich ein Bankier Mehdorf in Nikolaissee ausgegeben hatte. Die Ware lagerte in einem Expeditionsgefäß in der Reichsberger Straße. — In der Schlegelstraße 4 nahmen Beamte des Kriegswucheramts dem vielfach vorbestraften Fuhrhalter Floss zwei geschlachtete und vier lebende Rinder ab. An der verbotenen Schlachtung waren beteiligt der Techniker Erich Wenzel, der Chauffeur Otto Baumgart und der Händler Julius Radde, die sämtlich festgenommen wurden. — Wegen verbotener Schlachtung wurde festgenommen der Schweinemäster Wilhelm Kurzweg, Weissenhof, Charlottenburger Str. 78. Dieser hatte auf einem Platz am Wedding, in der Stahlheimer Straße 28, der dem Hausbesitzer Grimm gehört, ein Rind geschlachtet und zerlegt. Das Fleisch und noch 30 lebende Schweine konnten beschlagnahmt werden. — Der Handelsmann Jung, Großgörschenstr. 37, schlachtete heimlich in seiner Laube in Berneuchen ein Schwein, das er ebenfalls dem Kriegswucheramt ausliefern mußte.

Auskunft für Kriegsbeschädigte. Wir werden gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß auf Veranlassung eines Ausschusses von entlassenen Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten in der Lindenstraße 114 (8 Treppen, Fahrstuhl) jeden Mittwoch abends 7-8 Uhr eine Sprechstunde eingerichtet ist, in der ein kriegsbeschädigter Rechtsanwalt Auskunft erteilt in allen Angelegenheiten, in denen Kriegsbeschädigte juristischen Rates bedürfen. Kosten entstehen den Auskunftsuchenden nicht.

Gegen den Vorwurf des Schleichhandels, der dem Feinloshandel in dem bekannten Erlass des Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten gemacht wird, verwahrt sich der Reichsverband deutscher Feinloshändler e. V. in einer Eingabe an den Minister des Innern. Er behauptet, daß gerade der Feinloshandel selber am allermeisten unter dem Schleichhandel zu leiden habe, der in der Regel von Einzelpersonen getrieben werde, die nie im Handel tätig waren, aber in verwerflich-juristischen und anderen Beziehungen zu den Produzenten stehen.

Unfall auf der Grünauer Uferbahn. Ein schwerer Zusammenstoß auf der einseitigen Grünauer Uferbahn, bei dem mehrere Personen verletzt wurden, erfolgte am Sonntag gegen 8 Uhr abends.

Gegenüber der Vorschrift fehlte der Führer eines von Schindwieg kommenden Zuges nach längerem Warten an einer Weichenstelle seinen Weg fort, anstatt den aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Zug abzuwarten. Die Folge war ein Zusammenstoß der erheblichen Materialschaden zur Folge hatte. Mehrere Personen wurden schwer, neun leichter verletzt. — Die Jagdgäste waren sehr ungehalten darüber, daß der Verkehr nicht durch Umsteigen vor und hinter der Unfallstelle aufrechterhalten wurde.

Großfeuer kam am Sonntag, nachts, aus bis heute nicht ermittelter Ursache auf dem 3. Hofe des großen Grundstückes Schönhauser Allee 78 zum Ausbruch. Dort stand der Seitenflügel in großer Ausdehnung in Flammen. Die Gefahr war erst bemerkt worden, als die Flammen hell aus mehreren Bodenluken emporlorkerten und dicker Qualm die Treppen um den Hof füllten. Die Feuerwehr fand einen ausgebreiteten Brandherd vor und mußte längere Zeit mit mehreren Schlauchleitungen löschen, um eine weitere Ausbreitung des Brandes zu verhindern. Der Dachstuhl ist niedergebrannt. Die oberen Stockwerke haben nur wenig durch Wasser gelitten. Mehrere Mieter sollen empfindlich geschädigt sein durch den Verlust von Habe in den ausgebrannten Bodenräumen.

Neuföhl. Umstich schlechter Eier. In unserer Bevölkerung wird lebhaft darüber Klage geführt, daß sich die Eierhändler weigern, schlechte Eier umzutauschen. Wie uns der Magistrat mitteilt, ist diese Weigerung durchaus unberechtigt, sofern das Publikum schlechte Eier innerhalb 3 Tagen zurückbringt.

Cöpenick. Lebensmittel. Stadtleitig verteilte Lebensmittel gelangen vom Donnerstag, den 12. Juli, ab in den Lebensmittelhandlungen der Stadt zum Verkauf.

Spandau. Lebensmittel. Die Fleischverkaufsstellen sind von Mittwoch, den 11. d. Mts., vormittags 7 Uhr bis Donnerstag, den 12. d. Mts., abends 8 Uhr, geöffnet. Von Sonnabend, den 14. d. Mts., vormittags 7 Uhr ab bis einschließlich Sonntag, den 15. Juli, wird nur Fleisch auf Reichs-Kohlenkarte verkauft.

Weissenhof. Lebensmittel. In der laufenden Woche dürfen zunächst auf die Abchnitte 63f und g der Kartoffelarte je 70 Gramm Mehl oder je 100 Gramm Gebäck entnommen werden. Ueber die Verwendung der Abchnitte 63a, i und n ergibt sich besondere Bekanntmachung. Auf Abchnitt 63a und b können je 250 Gramm Gemüselinzerben und auf die Abchnitte 63c und d je 125 Gramm Suppen- oder Hafermehrmittel entnommen werden. Bei den Konserven und Suppen kann ein Unterschied zwischen den einzelnen nicht gemacht und deshalb Anspruch auf eine bestimmte Sorte nicht erhoben werden. Sie sind alle als gleichwertig zu behandeln. Die Entnahme muß in dem Geschäft stattfinden, in welchem der Inhaber der Kartoffelkarten sich angemeldet hat. Außerdem sind in den Gemeindeverkaufsläden erhältlich: Brotausfluß, Stockfisch, Klippfisch, Fischpudding, Deringe in Brühe, Mischfleisch in Gallert, Mittagsfleisch (gebratener Schellfisch).

Niederhörsinghausen. Lebensmittel. In dieser Woche gelangen zur Ausgabe 70 Gramm Sago zum Preise von 12 Pf. oder 70 Gramm Suppenfabrikat (9 Pf.), sowie 125 Gramm Zeigwaren (18 und 13 Pf.), 375 Gramm Sauerkohl, Auslandsware, (27 Pf.) und 1 Pf. Marmelade (Apfel-Plausen, 50 Pf.). — Für schwächere Frauen und kranke Personen über 70 Jahre ist Mehl abzugeben, von dem pro Woche 1/2 Pfund abgegeben werden. Anmeldungen bis spätestens heute 1 Uhr gegen Vorlegung eines ärztlichen Attestes bei kranke Personen, der Stillbehinderung resp. einer Verhinderung des Ritterschirms in Pantow für Frauen. — Durch die Protokollkommission gelangt bei der Neuauflage der Lebensmittelkarte gleichzeitig die Karte zur Ausgabe, auf welche circa 1/2 Pf. ausländischer Fettläse entnommen werden kann. — Von heute ab gelangt ein kleinerer Posten Glib-Gardinen zum Verkauf im Gemeindeladen. Der Preis pro Maß beträgt 6,00 M. Obendorf gibt es auf Lebensmittelkarte 1/2 Pf. Deitastehringe zum Preise von 1,50 M. Von Mittwoch ab gibt es auch bei den Geschäften nortwegische Deringe in Brühe, in Dosen von circa 2 Pfund, welche 5,00 M. kosten. — Für Kartoffeln werden zunächst für die 6 Abchnitte a, b, c bis Donnerstag 50 Gramm Gebäck pro Abchnitt verabfolgt. Butter 50 Gramm, Margarine 30 Gramm. — Die für die Volkliche reservierten alten Kartoffeln sind verbraucht, wofür jetzt mehr Mehl und Zeigwaren benutzt werden sollen.

Rosenthal. Ueberschuh der Gemeinschaftsküche. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde mitgeteilt, daß die am 1. Juli 1916 eröffnete Gemeinschaftsküche in den ersten zehn Monaten einen Ueberschuß von 2000 M. ergeben hat. Es wurden in dieser Zeit 60 000 Mittagessen zu 50 Pf. ausgegeben. Im Hinblick hierauf wurde von sozialdemokratischer Seite der Antrag gestellt, den Preis für die Portion auf 30 oder 40 Pf. zu erniedern. Die Mehrheit der Gemeindevertretung kam aber zu dem Ergebnis, vorläufig von einer Preisermäßigung abzuweichen, weil in der nächsten Zeit mit erhöhten Ausgaben für alle Rohstoffe, Rente und Löhne gerechnet werden müsse.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Charlottenburg. Die Mitglieder des Soz. Wahlvereins für Teltow-Weesow (Bezirk Charlottenburg) werden hiermit besonders auf die morgigen Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus (kleiner Saal) stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam gemacht. Die Wichtigkeit der Tagesordnung, Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung und Stellungnahme zum Parteitag, erfordert, daß die Mitglieder vollzählig erscheinen. Für den Vorstand: Joh. Schneider.

Spandau. Die am Mittwoch, den 11. Juli, fällige Mitgliederversammlung des Wahlvereins kann nicht stattfinden. Diefelbe findet voraussichtlich am Mittwoch, den 25. Juli, statt.

Schöneberg. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Eggbrecht, Weininger Str. 8 (Tunnel) statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag und zur Kreisgeneralversammlung. 2. Abrechnung vom letzten Quartal. Da alle Bezirksführer in der Versammlung anwesend sind, werden auch die fälligen Mitgliedsbeiträge einfließen.

Steglitz. Sozialdemokratischer Ortsverein. Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 Uhr, bei Clement, Duppelstr. 7, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabg. Heinrich Schulz: Der Parteitag in Würzburg. 2. Aussprache und event. Anträge. 3. Die Kreisgeneralversammlung und Wahl der Delegierten dazu. 4. Verschiedenes.

Tegel. Der Jahlabend am Mittwoch, den 11., fällt aus, dafür findet ein Extra-Jahlabend am Mittwoch, den 18., statt, wozu sämtliche Genossen, die auf dem Voden der Mehrheit stehen, eingeladen sind. Die Bezirksleitung.

Weinikendorf-Oh. Morgen, abends 8 1/2 Uhr, bei Döbner, Residenzstr. 50 (Ede Markstraße), gemeinsamer Jahlabend. Alle Parteigenossen und „Vorwärts“-Leser haben Zutritt.

Treptow-Baumgartenweg. Der Sozialdemokratische Verein hält am Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Geyer, Treptow, Parkstr. 2, eine Generalversammlung ab: 1. Vortrag: Der Parteitag in Würzburg. Referent Genosse Krüger-Cöpenick. 2. Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung und Wahl der Delegierten.

Kaufdorf. Mitgliederversammlung am 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von D. Hampel, Köpener Str. 5. Tagesordnung: 1. Berichte: a) von der Generalversammlung, b) der

Bezirksleitung, c) des Kassierers. 2. Weitere Stellungnahme zu der Lebensmittel- und Kohlenversorgung. 3. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Sohnsdorf. Die Mitgliederversammlung findet nicht am Mittwoch, 11. 7., sondern erst am Donnerstag, 19. 7., statt.

Johannisthal. Die Mitgliederversammlung findet erst in der nächsten Woche statt.

Weißensee. Morgen, abends 8 1/2 Uhr. Jahlabend bei Staebe, Charlottenburger Str. 8. Mitglieder werden aufgenommen.

Industrie und Handel.

Der Kurs der Reichsmark

kannte durch die bekannnten Goldverfendungen der Reichsbank leider nur ganz vorübergehend nach oben beeinflusst werden. Seitdem ist die Mark wieder gesunken. Sonnabend wurden für 100 M. nur 69,50 Pf. in Zürich gezahlt. Im Gegensatz zum Sinken des Markkurses vor einigen Wochen folgen diesmal die Notierungen ausländischer Zahlungsmittel an der Berliner Börse der Bewegung des Markkurses im Ausland, woraus zu schließen ist, daß die Reichsbank mit einer längeren Dauer der jetzigen Währungsverhältnisse rechnet.

Die Kriegskeder-A.G.

Eine von einigen Zentrumsabgeordneten im Reichstage eingebrachte Anfrage wirft ein eigenartiges Schlaglicht auf die Prinzipien, nach denen in der Kriegskeder-A.G. gearbeitet wird. In der Anfrage wird festgestellt, daß die Gesellschaft nach Ende April die Waldbesitzer aufgefordert hat, so viel als möglich Rinde zu gewinnen und zur Verfügung zu stellen. Das sei vaterländische Pflicht, und die Verantwortung für eine spätere Verstoff- und Lederknappheit mit ihren unübersehbaren Folgen für Meer und Reich würde die Waldbesitzer treffen, wenn sie nicht die ihnen möglichen Mengen Gerbrinde heranschaffen würden. Danach mußte angenommen werden, daß die aufbereitete Rinde gute Abnahme findet. Statt dessen hat die Gesellschaft alle Angebote auf Rindenspäne zurückgezogen und sämtliche Rindeneinkäufe vorläufig eingestellt. So ergibt sich das merkwürdige Bild, daß mitten in der Kriegsnöte bei größtem Leutenmangel und dringendsten sonstigen Arbeiten von obenherunter zum Rindenspäne energisch aufgerufen wird und die geschälte Rinde dann unverkäuflich bleibt. Der Reichskongress wird aufgefordert, bekanntzugeben, was er zu tun gedenkt.

Russisches Metallausfuhrverbot. Ein russischer Regierungserlaß verbietet die Ausfuhr von Kupfer, Blei, Zinn, Nickel, Zink, Aluminium, Mangan und Antimon aus Rußland nach Finnland.

Gerichtszeitung.

Gefängnis für Kohlenwucher. Eine empfindliche Strafe hatte das Schöffengericht Berlin-Mitte über den Kohlenhändler Otto Dorst verhängt, indem es ihn wegen Kriegswuchers mit Dreifachlohn zu einem Monat Gefängnis verurteilte. Er hatte Zife-Grillots zu 2 M. das Hundert anstatt 1,20 M. verkauft. Seine Verurteilung wurde von der Strafkammer verworfen.

Aus aller Welt.

Zahlreiche größere Erdbeben haben nach römischen Blättern in den letzten Tagen wieder in Mittel-Italien stattgefunden. Das Zentrum der Erdbeben dürfte in der Gegend von Neapel liegen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Vorwiegend trübe mit weit verbreiteten, östlich der Oder vielfach stärkeren, im Westen meist geringeren Regenfällen bei wenig veränderten Temperaturen; später im Westen vorübergehende Aufhellung.

A. Jandorf & Co.

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken

3 Abendbrot-teller Porzellan, verschied. Formen 95 Pl.

3 Milchtopfe Porzellan, m. reich. Verzier. 95 Pl.

12 Untertassen Porzellan, sortierte Größen 95 Pl.

4 Eierbecher Porzellan 95 Pl.

4 Milchtopfe Porzellan, mit reicher Verzierung 95 Pl.

3 Viktorbecher 95 Pl.

1 Kuchensteller Porzellan, mit Goldrand u. Fruchtverz. 95 Pl.

Bunt-Porzellan

3 Frühstücksteller mit Goldrand und Fruchtverz. 95 Pl.



4 Milchtopfe m. reicher Goldverzierung, Satz mit hübsch. Kinderbild. 95 Pl.

4 Kaffeebecher 95 Pl.



2 Kaffeetassen mit Untertassen, reichen Verzier., sortierte Formen 95 Pl.

6 Eierbecher dekoriert mit Tablett 95 Pl.



1 Teekanne mit Blumenverz. 95 Pl.

1 Butterdose mit reicher Verzierung 95 Pl.



1 Salatschale mit Blumenverz. und Goldrand... 95 Pl.



1 Porzellantablett, reich zusammen mit Blumen verziert 95 Pl.

1 Zuckerdose 95 Pl.

1 Milchtopf 95 Pl.

1 Blumenvase mit reicher Verzierung... 95 Pl.

Wirtschafts-Artikel

1 Abstäuber 95 Pl.

1 Kleiderbürste 95 Pl.

1 Gebäckkasten verschied. Formen... 95 Pl.

1 Glanzbürste 95 Pl.



1 Kuchenblech 95 Pl.

1 Brotmesser 95 Pl.

1 Kannenuntersatz mit bunter Einlage... 95 Pl.

1 Pfeffermühle 95 Pl.



1 Vorratsdose dekoriert 95 Pl.



1 Backform 95 Pl.

1 Brotkorb mit bunter Einlage 95 Pl.



1 Obstkuchenform 95 Pl.

1 Tablett mit bunter Einlage 95 Pl.



1 Einhol-tasche 95 Pl.

1 Springform 95 Pl.

2 Fleischbretter 95 Pl.

Parfumerie

1 Flasche Mundwasser... 95 Pl.

1 Toilette-Papierhalter mit Spiegel 95 Pl.

2 Pakete Puderpapier... 95 Pl.

1 Rasierpinsel 95 Pl.

1 Flasche Parfüm 95 Pl.

Glas

3 Likörshalen 95 Pl.

1 Blumenvase farbig, et. 43 cm wa 95 Pl.

1 Obstschale mit hohem Fuß 95 Pl.



1 Käseglocke gross, reiches Pressmuster 95 Pl.

1 Wasserkaraffe mit Glas 95 Pl.

3 Wassergläser mit Randverzierung. 95 Pl.

1 Blumenvase rund, schwarzes Pressmuster... 95 Pl.

1 Salatschüssel in verschiedenen Formen, schwarzes Pressmuster 95 Pl.

1 Butterglocke gross, reich, Pressmuster 95 Pl.

3 Weingläser sortierte Formen 95 Pl.

1 Butterdose 95 Pl.

1 Zuckerschale 95 Pl.

1 Fruchtschale mit Füßchen. 95 Pl.

Schreibwaren

50 Briefbogen 95 Pl.

50 Umschläge mit Innen-druck 95 Pl.

1 Briefblock Quartformat, 100 Blatt stark für Briefe und Erinnerungen 95 Pl.

Stelngut

3 Vorratstonnen 95 Pl.

1 Essig- oder Oelflasche mit Delitdekor 95 Pl.

1 Waschgarnitur-Kanne dekoriert 95 Pl.



1 Waschgarnitur-Schüssel dekoriert 95 Pl.

1 Nachtgeschirr dekoriert... 95 Pl.

3 Gewürz-tönnchen mit Delitdekor 95 Pl.

4 Kaffeetassen mit Untertassen Goldrand u. Linie 95 Pl.

6 Obertassen weiss od. bunt, grosse Form 95 Pl.

1 Vorratstonne viereckige Form Delitdekor 95 Pl.

1 Bratenplatte etwa 34 cm 95 Pl.

1 Blumenkübel Majolika... 95 Pl.

1 Salzreste 95 Pl.

1 Mehlreste 95 Pl.

50 Kartenbriefe mit Einlage 95 Pl.

1 Stahlspiegel mit Metallrand 95 Pl.

4 grosse Rollen Toilettepapier 95 Pl.

1 Rasiergarnitur 95 Pl.

10 Rasierlingen 95 Pl.

1 Rocknadel Tala-Silber 95 Pl.

1 Postkarten-Album in schönem Einband 95 Pl.

Spezialarzt

Dr. med. Colemann f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Balkranke, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos od. Berufsstor. i. Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw. gegenüber Friedrichstr. 81, Panoptikum Ecke Neue Friedrichstr. Königstr. 84-86, Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Blumen- und Franzbinderei von Robert Meyer, Inh.: P. Gollatz, Wazianenstr. 3. Tel. Mpl. 10 303

Oskar Wollburg Trauer-Magazin gegründet 1896 Brunnenstr. 56-57 Große Auswahl in schwarzer Konfektion, Auf Wunsch Wapenherstellung in 8 Stunden. Änderungen sofort u. gratis. Auswahlabgaben dreiwöchentlich. Fernbur. H. Norden 8510.

Zelluloid- | Film- Guttapercha- Hartgummi- Wachswalzen- Schallplatten-

Ordower G. m. b. H. Georgenstraße 50 beim Alexanderplatz 9-12, 3-6 Uhr.



Haben Sie Fußbeschwerden? empfehle nach Maß poliert gearbeitete Stützsohlen sowie Bruchbandagen aller Art, Letztbinden, Stützsocken usw., welche zur Gesundheits- u. Krankenpflege. Pollmann, Sandagist, Berlin N, Lothringer Str. 60, Lieferant für Krankenkassen.



„Atama“-Straussfedern sind die besten. „Atama“-Edelstrausfedern die allerbesten und bleiben 10 Jahre schön. „Atama“-Straussfedern kosten 50 cm lang 12 M., 55 cm lang 18 M., 60 cm lang 25 M. Atama-Edelstrausfedern kosten 40 cm lang 15,- M., 45 cm 25,- M., 50 cm 30,- M., 55 cm 42,- M., 60 cm 48,- M. Versand nur direkt durch Hesse, Dresden, Scheffelstr. Einzelne Probefedern pr. Nachn.

Lebende Gänse, junge, gesunde, habe zum Höchstpreis abzugeben, so lange Vorrat reicht. Adolf Mandel, Berlin-Doberfelderhausen, Am Steinbamm. 51252* Telefon Nöthenberg 941.

Tabake für Selbstverbraucher in 1/10, 1/8, und 1/4-Paketen, fein, mittel, grob 45, 50, 60, 65, 70, 75, 85 Pl. 51032* W. Giesner, Dessau V, Sedanstr.

Beschlagnahmefreie Mengen gebrauchter Sektforke | Weinkorke 26 Pf. das Stück 4 Pf. 38/14* Ordower, G.m. Georgenstraße 50, beim Alexanderplatz 9-12, 3-6 Sendungen von außerhalb ohne vorherige Anfrage nicht erwünscht.

Ursinns Blut Zur Ausschaltung aller scharfen und kranken Stoffe aus Blut und Säften, gegen Blutverdünnung, Blutandrang, roten Gesicht, Hautausschläge ist mein Blutreinigungspulver Balsarin seit über 25 Jahren wirksam erprobt. Versand & Nachnahme Otto Reibel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek Jedes Heft 20 Pfg.

Lungen- und Halsleiden. Erfolgreiche Behandlung ohne Bernfärbung durch unsere Tomintelen-Heilmethode. Sauerstoffkuren u. künstl. Höhensonne. Sprecht. 9-10 1/2, 3-4 1/2, Sonnt. 10-11. Prospekt frei. Sanitätsrat Dr. Weise's Ambul., Berlin 117, Wilhelmstr. 96

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten. Metet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall geschulte Kräfte gesucht. selb. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht veräumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Syst. Karnack-Hachfeld“. 80 S. starke Broschüre kostenlos. Bonnes & Hachfeld, Potsdam. Postfach 167

Spezial-Arzt Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof. Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid., Ipez-Hon. Fälle, Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, sorgfältige Behandlung ohne Bernfärbung, Blutunterstützung, Nög. Breite Teilzahlung. Sprechstunden 10-1 und 6-8, Sonnt. 11-1.

Stockholm in der Geschichte.

Der internationale Sozialistenkongress in Stockholm lenkt aller Blicke nach der schwedischen Königshauptstadt. In dem Grauen des Weltbrandes, in dessen endloser Nacht wir den Morgen eines neuen Tages ersehen, steht wie ein Symbol ferner Zukunft die merkwürdige Inselstadt, die gerade in dieser Jahreszeit nur Tage und keine Nächte kennt.

Hier oben, wo das Schloß die Insel Stadt und damit Stockholm überhaupt beherrscht, stehen wir im Herzen des Landes, das, eingeschmiegt zwischen die hohen Rämme der Berge und den Vortinsischen Golf, seit bald einem Jahrtausend aus dem Dämmern der Sage ins helle Licht der Geschichte getreten ist.

Stockholm steht in den folgenden Jahrhunderten immer wieder im Brennpunkt des europäischen Interesses. Schweden wird zur ersten nordischen Macht, zur Großmacht überhaupt, und Stockholm erhebt seine Glanzzeit, bis unter Karl XII. im Stockholmer Frieden der Jersall das weit ausgebreitete Reich seinen Anfang nimmt.

Vielleicht aber wird ihre Gegenwart wieder von historischer Bedeutung werden und neue Wege für den Erdteil finden, als dessen Symbol die große Bronzegruppe Rolins an der Nordseite des Stockholmer Nationalmuseums erscheint. „Vältepannare“ — „Wartelpanner“ heißt die Gruppe und stellt zwei Männer dar, die in hellem Ringen gegeneinander stehen, aber durch einen Gürtel zusammengewunden sind — Feinde, aber doch im tiefsten Grunde ihres Wesens zusammengehörig.

Ein rätselvolles Pflanzengeschlecht.

Wer jetzt in den heißen Sommertagen einen kühlen Wald aufsucht, kann nicht ohne an den zierlichen Blätterbüschel vorübergehen, die wie stammlöse Palmen den Waldböden bedecken und die gerade jetzt in ihrer üppigsten Entfaltung stehen.

Die Pflanze gehört zu den Kryptogamen, wie sie Linne genannt hat, d. h. zu den im Verborgenen sich befruchtenden Pflanzen. Es fehlt also den Pflanzern im Gegenstand zu dem Blatt die Nüße, ihr „Blatt“ ist ein selbständiges, keiner Vergleichung unterworfenen Teil, und man tut besser daran, es nicht als Blatt zu bezeichnen, sondern es mit der besonderen Benennung Wedel zu belegen.

Der starke Mann.

Eine Schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Hg. „Ich gestehe dir offen,“ fuhr der Pfarrer im Auf- und Abgehen fort, „trotz der Schande fiel mir ein Stein von der Brust, als deine Entlassung verfügt wurde.“

in diesen über 15 Millionen Keimkörner befinden. Man unterscheidet streng die Keimkörner oder Sporen der Kryptogamen von den Samenkörnern der Phanerogamen, die immer schon einen vorgebildeten Keim enthalten, während die winzigen kleinen Sporen der Kryptogamen die Anlage der jungen Pflanze beim Keimen erst bilden.

Dieser uns heute sonderbar anmutende Aberglauben ist aber immerhin ein Ausdruck dafür, wie manche Naturerscheinung nie aufhört, den menschlichen Geist zu beschäftigen, bis nach vielfachen Irrwegen die wissenschaftliche Forschung die richtige Lösung zu finden vermochte.

Die Seife im Kriege.

Diesig hat als Maßstab für den Kulturgrad eines Volkes seinen Verbrauch an Seife bezeichnet; sollte das wirklich gelten, so wären wir heute recht übel dran, denn das bühnen Seife, das uns die Seifenfabrik zugeht, kann uns keinen sehr hohen Platz erringen.

Wie der Mensch die reinigende Kraft der Seife erkannt und Seife überhaupt herzustellen gelernt hat, ist noch in vollständige Dunkelheit gehüllt. Jedenfalls ist die Kenntnis uralte. Die reinigende Wirkung der Seife beruht auf den darin enthaltenen Alkalien.

die Schmutzteile frei und beweglich geworden sind, dann hängen sie sich an den Schaum und können mit diesem zusammen abgepült werden. Unsere Kriegsseife, die fettarm ist, kann also, obwohl sie nur wenig schäumt, doch recht wohl reinigend wirken, nur muß man die Haut mehr reiben, um die Schmutzteile abzustreifen.

Das Vorbild des „Waldwebens“.

Das „Waldweben“, das in Wagners „Siegfried“ vorkommt, ist keineswegs eine Schöpfung der Phantasie des Dichters, sondern es handelt sich um ein Naturgeräusch, und zwar um eins, dessen Beobachtung gar nicht besonders schwer ist, wenn man einmal auf seine Quelle aufmerksam gemacht worden ist.

Vor einiger Zeit bereits kam er durch einen Zufall auf die Quelle des „Waldwebens“: es war an einem schönen, sonnigen windstillen Tage; er ging von Tölz in Oberbayern nach Fischbach, und sein Weg führte ihn an einer kleinen Schlucht hin, in deren Grund ein munteres Vöcklein fließt.

Es ist recht wahrscheinlich, daß Wagner bei einem Spaziergange das „Waldweben“ gehört und daß sein feiner musikalischer Sinn sich sofort dieser Erscheinung bemächtigt hat; auch die Szenenangabe im „Siegfried“ spricht dafür, denn er schreibt einen Ort vor, der dem oben beschriebenen ähnelt.

Notizen.

— Treprow-Sternwarte. Uefer die letzte totale Mondfinsternis vom 4. Juli und deren Beobachtungen sowie über neue Mondprobleme wird der Direktor der Sternwarte, Dr. Erdenshild, am heutigen Dienstag, abends 7 Uhr, einen Vortrag unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder eigener Aufnahmen im großen Vortragssaal der Treprow-Sternwarte halten.

— Ein Andree-Wedentag. Am 11. Juli werden es zwanzig Jahre, daß der schwedische Forscher Andree seine berühmte Polarkahrt zum Nordpol antat, von der er nicht wiederzusehen sollte. Mit seinem kleinen Plan leitete er eine neue Epoche der Geschichte der Polarforschung ein, da es der erste Versuch war, die Flugkunst in den Dienst derselben zu stellen.

— Das Jubiläum des Betons. Heute, am 10. Juli, sind es 50 Jahre her, daß der Pariser Gärtner Joseph Monier sein später so bedeutungsvolles Patent auf den Beton — zu Blumenkübeln! — erhielt. Monier war der erste, der Blumenkübel aus Zementmörtel und Eiseneinlage fertigte, später auch Patente auf Brücken, Treppen und Eisenbahnschwellen aus Beton mit Eiseneinlage nahm.

„Alles schön und gut. Ich begreife nur nicht, was das damit zu tun hat, ob ich das heutige Wettreiten mitmache oder nicht?“ höhlte der Offizier, der jetzt wahrlich genug mit dem eigenen Wohl zu tun hatte und nicht an das Vaterland denken konnte.

„Sobiel, daß wir daraus sehen, ob du inzwischen halbwegs zur Einsicht über dein Wesen gekommen bist oder nicht!“ entgegnete der andere bitter. „Ich hoffte nämlich, in diesen nachdenklichen Wochen sei dir vielleicht die Lust zu irgend einem Neubau gekommen; eben dazu wollten wir dir die Hand bieten. Mit deinen dreißig Jahren kannst du das, denk ich, wohl noch wagen. Irgend etwas mußt du doch versuchen, oder nicht?“

„Was meinst du eigentlich? Weinreisender? Rohhändler oder Versicherungsagent?“ unterbrach ihn der andere mit künstlicher Gelassenheit. Aber die Wut erstickte ihn fast und funkelte unheimlich in seinen verdüsterten Zügen.

„Ganz gleichviel — wozu du eben am meisten Rettung verspürst!“ fiel Daniel ruhig ein, den verwahrlosten Bruder fest im Auge behaltend. Er merkte wohl, was jetzt in dessen Seele vorging. Der Sturz aus seiner vermeintlichen Lebenshöhe in die Niederung der gemeinen Geldverdiener war für den stolzen Kavaliere zerschmetternd. Doch der besorgte Pfarrer ließ ihm keine Zeit, diese Pein auszulasten.

„Hast du denn noch nie an die Wiederaufnahme deines Studiums gedacht? Warum denn nicht? Zwei, drei Semester noch — dann hättest du das Diplom und könntest praktizieren. Hier zum Beispiel, auf diesem Grund und Boden. Dein eigener Herr. Haus und Hof wie dafür geschaffen. An einer guten Rundballe sollte es dir gewiß auch nicht fehlen. Wir haben ja keinen Ueberfluß an Aerärzten. So würdest du auch als Bürger wieder Boden fassen und deinen Waffentock entschieden bald mit ganz anderen Gefühlen tragen!“

Da fand es auch die Frau Brautwurstlerin an der Zeit, in die herzbewegende Handlung einzugreifen. Die Angst einer Mutter um ein bedrohtes Kind konnte nicht inniger sein

als die der Schwester um den verzweifeltten Bruder. „Welt, hör’ auf den Daniel, du. Dazu sind wir doch Geschwister, um einander zu raten und zu helfen, nicht? Und denk’ doch auch ein bißchen an den verelendeten Vater. Wie froh der darüber sein würde!“ bat sie dicht an Adolfs Seite, so daß dieser von eifernder Sorge und Liebe heiß in die Mitte genommen war. „Du mußt ja auch fühlen, daß wir dir nichts durchstreichen wollen,“ drang sie heftiger auf ihn ein, da er nur die Achseln zuckte. „Aber auf das, was vorher gewesen ist, kannst du dich doch, wie es scheint, keine Spur mehr verlassen; sonst hättest du dich in den Unglückswochen nicht so mütterfeelenallein hier herumdrücken müssen.“

Unter der Haustüre kam derweilen Getrud Smür zum Vorschein. Sie rief die anderen mit mütter Stimme zum Mittagessen auf, verschwand aber gleich wieder, wie wenn sie den Glanz des Sommers nicht mehr ertragen könne. Ihrem Rufe folgten auch nur die Kinder, denen noch die Lederbissen der lieben Großmutter im Sinne lagen.

Adolf Benggenbager hatte genug vernommen. Es war Zeit zu gehen, obgleich er ja nicht wußte, wo er morgen sein Bett aufschlagen sollte. Kein, niemand durfte sein Glend betasten, ihn aus dem „Sumpf“ ziehen wollen. Hatte er das Spiel wirklich verloren, so mochte er künftig keine Karte mehr in die Hand nehmen.

„Für Euren guten Willen dank’ ich, es kann aber nichts draus werden. Ob Agent oder Viehdoktor — er schnalzte vor Geringschätzung — „auf dem Weg ist mir nun einmal nicht mehr zu helfen.“ bekannte er dumpf, mit einem stieren Lächeln.

(Fortf. folgt.)

